



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 32.

Berlin, den 4. November 1917.

12. Jahrgang.

## Imperialistische Krisen.

Berlin, den 30. Oktober 1917.

Der Arbeiter, der sich über die Zeitereignisse unterrichten will und täglich einen Blick in die Morgen- und Abendzeitungen wirft, stößt dort auf eine sinnverwirrende Fülle von Nachrichten über kriegerische und politische Ereignisse, die scheinbar in keinem Zusammenhange stehen und jeden Tag von neuen Ereignissen überholt und verdrängt werden. Wer sich aber nicht bloß von Sensationsmeldungen heraufschöpfen läßt und nach den inneren Zusammenhängen der Weltkatastrophe sucht, der findet, daß jetzt zu Beginn des vierten Kriegswinters in allen Ländern eine politische Situation entstanden ist, die überall die gleichen Grundzüge aufweist. Fast in allen Ländern sehen wir die Regierungen im Kampfe mit schweren inneren Krisen, überall ringen die Vertreter des Zerstückelungsfriedens mit den Verfechtern des gedämpften Verständigungs-Imperialismus, überall sieht der Regierungssozialismus in der Klemme, überall gärt es in den Tiefen des hungernden und nach Frieden verlangenden proletarischen Volksschichten. Der internationale Imperialismus hat eine schwere Krise durchzumachen, die sich auf den Kriegsschauplätzen in gewaltigen Kraftanstrengungen, in der inneren Politik der einzelnen Länder aber in parlamentarischen Stürmen, im Sturz von Ministern und Regierungen und im Sack- und Tacken nach neuen Männern und neuen Methoden äußert. Und wenn zurzeit die Aussicht auf Frieden auch in grauem Nebel liegt, wenn sich die politischen Nachwirkungen des militärischen Zusammenbruches Italiens noch nicht übersehen lassen, so geht doch in allen Ländern durch die regierenden Kreise und durch die Parteien, die die Verantwortung für die Kriegspolitik ihres Landes übernommen haben, das Gespenst des Grauens vor der Liquidierung, der Schlußabrechnung des Weltkrieges, die überall den leidenden und duldenen Volksmassen die Frage aufzwingen muß: Wozu diese wahnwitzigen Opfer an Gut und Blut, was hat uns diese jahrelange Vernichtungstajerei eingetragen?

Ganz unabhängig von den katastrophalen Ereignissen an der Isonzofront hat Italien in den letzten Wochen leidenschaftliche Kämpfe im Parlament erlebt, die zum Sturze des Ministeriums Boselli führten. Die Verfechter einer rücksichtslosen Kriegsführung bis zum Endsiege, darunter der „Sozialist“ Bissolati, stürmten von rechts auf die Regierung ein, der sie Schwäche gegen den äußeren und besonders gegen den inneren Feind vorwarfen. Die gemäßigten bürgerlichen Elemente, die Giolittaner usw. hatten gleichfalls viel an den Handlungen der Regierung anzusehen und suchten durch parlamentarische Intriquen Oberwasser zu erlangen, die Sozialisten aber kämpften tapfer gegen Regierung und bürgerliche Heißsporne und Leisetreter. Einer der letzteren, der Abgeordnete und frühere Minister Ritti, hatte am meisten Aussicht, aus dem Kampfe gegen das Ministerium Boselli als Sieger hervorzugehen. Er hatte Andeutungen gemacht, daß die neue Regierung mit den Sozialisten zusammenarbeiten müsse, um zu einer befriedigenden Liquidierung des Krieges zu kommen. Aber der „Avanti“ hat ihm die gebührende Antwort darauf gegeben, indem er schrieb: „In Deutschland hat Scheidemann... die neue Theorie der Mitarbeit auf die Fahne geschrieben, die übrigens die Thomas, Vandervelde und Henderson in ihren Ländern schon ausgeführt haben. Auch hier wieder „Deutschland über alles“. Deutschland macht Politik für Bissolati; aber wir beugen uns dieser Politik Davids, Eberts und Scheidemanns nicht, wir haben unsere eigene Politik,

die der alten Internationale.“ — Inzwischen kam die Zertrümmerung der italienischen Kampffront am Isonzo. Die bis dahin feindlichen bürgerlichen Parteien schlossen stillschweigend Frieden. Der Ministerpräsident Boselli räumte seinen Platz dem bisherigen Minister des Innern Orlando, der die Verantwortung für die blutige Unterdrückung des Turiner Aufstandes trägt; und auch den übrigen Ministern des Kabinetts Boselli bleibt eine Gnadenfrist. Der italienische Imperialismus hat von außen einen tödlichen Stoß erhalten und ist im Innern zermürbt und zerrissen. Noch läßt sich nicht voraussagen, wie das italienische Proletariat auf die Niederlage am Isonzo reagiert, die Stellung unserer italienischen Genossen ist dadurch jedenfalls nicht leichter geworden, aber nach der Haltung, die sie bisher eingenommen haben, kann man in sie das Vertrauen setzen, daß sie in den Stürmen, die der feindliche Einbruch mit sich bringt, die Fahne des revolutionären Sozialismus hochhalten werden. Freilich sind sie jetzt in eine ähnliche Lage geraten wie die russische Demokratie, die auch nur zum Siege kommen kann, wenn ihr die Hilfe des internationalen Proletariats zuteil wird.

Auch der französische Imperialismus steht seit Wochen im Zeichen einer schweren Krise, obwohl er militärisch nicht solch schwere Erschütterungen erlitten hat, wie der italienische. Das Ministerium Painlevé hat keinen rechten Rückhalt im Parlament und hat seinen Minister des Innern, Ribot, ausschiffen müssen, an dessen Stelle wiederum ein Wortführer der energischen Kriegsführung, Barthou, getreten ist. Die politische Lage wird von dem französischen Gewerkschaftsführer Jouhaux folgendermaßen charakterisiert: „Regierung und Parlament machen den Eindruck einer bellagenswerten Verwirrung. Die unausgeseht aufeinander folgenden Erörterungen bringen keine Klärung, zeigen den ängstlichen Blicken des Volkes keine bestimmte Richtung an. Und doch stehen die Probleme deutlich vor unseren Augen und fordern eine rasche und wirksame Lösung.“ Leider kann sich der französische Regierungssozialismus und auch ein beträchtlicher Teil der französischen Minderheit zu einer raschen Lösung nicht entschließen. An der Regierung wagen die Thomas usw. Seite an Seite mit dem Reaktionsär Barthou nicht teilzunehmen, noch weniger aber haben sie, wie die Regierungssozialisten aller Länder, den Mut, die Volksmassen zu einem energischen Kampfe für Frieden und Sozialismus auf den Plan zu rufen.

Dem Imperialismus Englands sieht das revolutionäre Irland wie ein Pfahl im Fleische, und wenn auch über die politischen Vorgänge in England selbst nicht allzuviel zu uns dringt, so sind auch dort Kräfte von rechts und von links am Werke, die dem Kabinett Lloyd Georges das Leben schwer machen. Die vielen Reden der verschiedenen englischen Minister sind ja nur darauf berechnet, die imperialistische Stimmung aufzupeitschen. In Rußland hat die deutsche Besetzung der Inselgruppe am Rigaischen Meerbusen die politische Wirkung gehabt, daß Regierung, Bürgertum und gemäßigte Sozialisten geschlossen und schärfer denn je der revolutionären Demokratie gegenübertraten. Die Ereignisse um Desel und am Isonzo haben bewirkt, daß die Konferenz der Ententeeregierungen, die in diesen Tagen zusammentreten und die Kriegszielfrage beraten sollte, das Thema Frieden ganz ausschalten und den Vertreter der Sowjets, Skobelow, überhaupt nicht zulassen will.

Aber die imperialistische Krise ist nicht nur auf der Entente-Seite akut, in Deutschland äußert sie sich in dem ganzen Drum und Dran der Kanklerkrise. Und wenn sie sich hier auch nur in bombastischen Zeitungsartikeln, streng geheimen Besprechungen der Fraktionshauptide und höfischen Audienzimmern abspielt, so liegen ihre tieferen Ursachen trotz aller Waffenerfolge für jeden, der sich den klaren Blick für die inneren Zusammenhänge dieser imperialistischen Fieberperiode gewahrt hat, klar zutage. Wie es um Oesterreich bestellt ist, das mag der denkende Leser aus dem nachstehenden Bericht über den Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokratie entnehmen.

Wir können hier nur andeutungsweise und ganz unvollständig auf die Krisenerscheinungen hinweisen, die jetzt den internationalen Imperialismus erschüttern. Wir wollen unseren Genossen damit sagen, daß sie das gegenwärtige Weltgeschehen nicht als ein Sammelsurium zusammenhangloser Tagesereignisse auffassen, sondern als bedeutungsvolle politische Vorgänge, die gemeinsame Züge aufweisen und gemeinsamen Gesetzen unterworfen sind, die dem internationalen Proletariat die praktische Schlußfolgerung aufzwingen, dem in Fieberdelirien liegenden Imperialismus endlich mit allen Mitteln und Waffen des Sozialismus und der Demokratie zu Leibe zu gehen.

\* \* \*

Drei Strömungen sind es jetzt, die in allen Ländern um die Herrschaft ringen. Die eine ist die des kriegerischen Imperialismus, der eine endgültige Entscheidung mit Waffengewalt erzwingen will, der nur die Lösung Sieg oder Niederlage kennt, wobei es sich natürlich nicht um Teilsiege auf irgendeinem Kriegsschauplatz handeln kann, sondern um die völlige militärische Zerschmetterung der einen oder der andern gigantischen Mächtegruppe. Der Sieg dieser Strömung würde für alle Länder die Verlängerung des Völkermürgens ins Unabsehbare bedeuten.

Die andere Strömung, die man als die des friedlichen Imperialismus bezeichnen könnte, bekennet sich zu der vieldeutigen und vielgedeuteten Parole vom Verständigungsfrieden. Zu dieser Parole bekennet sich in verschiedenen Spielarten der internationale Regierungssozialismus. Aber sie schließt für das Proletariat eine große Gefahr in sich. Ihre Verwirklichung durch die bürgerlichen Regierungen wird letzten Endes darauf hinauslaufen, daß die kapitalistischen Klassen der einzelnen Länder eingesehen haben, daß das gegenseitige Zerfleischen ein schlechtes Geschäft für sie ist und daß sie klüger daran tun, ihre Interessensphären gegenseitig einverständlich abzugrenzen. Dabei würden sie sich von dem Gedanken leiten lassen, daß sie auf diese Weise ihrem einzigen wirklichen Feind, dem Proletariat, viel mächtiger entgegentreten und ihre Klassenherrschaft viel sicherer aufrecht erhalten können.

Gegen diese beiden, miteinander ringenden Strömungen der imperialistischen Welt muß der internationale Sozialismus den Kampf aufnehmen. Sein Ziel muß sein, das Proletariat frei zu machen von der Zwangsherrschaft des kriegerischen wie des friedlichen Kapitalismus. Die Lehren und Wunden dieses Weltkrieges drängen nach einer Sozialisierung der Staats- und Weltwirtschaft und zu einer gründlichen Demokratisierung der nationalen und internationalen Politik. Nur damit ist die dauernde Gewähr für Erhaltung des Friedens gegeben, nur so kann aus dem Chaos der Verwüstung eine neue Kultur entstehen. Das kann aber nur er-

reicht werden, wenn der alte Kampfruf des kommunistischen Manifestes für jeden Klassenbewußten Proletarier nicht bloß eine schöne Formel bedeutet, sondern Sinn, Inhalt und Antriebs zum Handeln erhält, der Kampfruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

\* \* \*

## Der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie.

Am 19. Oktober und den folgenden Tagen hat in Wien der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie stattgefunden. Die Opposition in der Partei gab zum Bericht des Vorstandes eine Erklärung ab. Darnach stellt sich die österreichische Parteioption auf den Boden der internationalen Bewegung, die in den Zimmerwalder Konferenzen ihren organisatorischen Ausdruck gefunden hat. Die Linke der deutschen Sozialdemokratie in Österreich vertritt dieselben Grundsätze, die im Deutschen Reich durch die Unabhängige Sozialdemokratie, in Rußland durch die internationalistischen Fraktionen der Sozialdemokratie, in Italien durch die überwiegende Mehrheit der sozialistischen Partei, in England durch die Unabhängige Arbeiterpartei und durch die britische Sozialistische Partei, in Frankreich durch die Minderheit der geeinten sozialistischen Partei vertreten werden.

Sie bekennet sich zu den Grundsätzen des Massenkampfes, die Friedrich Adler in seinen Abhandlungen im Kampf und in seiner Verteidigungsrede vor Gericht ausgesprochen hat. Sie erstrebt nicht die Spaltung der Partei. Sie fordert die öffentliche Erörterung aller inneren Parteifragen in der Parteipresse und in den Parteioptionen. Sie wirkt für die Demokratisierung der Partei, damit die Haltung der Partei künftig nicht mehr durch einige Führer, sondern durch den Gesamtwillen der ganzen Parteimitgliedschaft gestaltet wird. Sie vertritt folgende Grundsätze:

1. Der Parteivorstand muß beide sozialdemokratische Parteien im Reich als vollkommen gleichberechtigte Bruderparteien betrachten.

2. Die Beschlüsse der Internationalen Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen über die Tätigkeit der Sozialdemokratie während des Krieges und ihre Pflicht, für die rasche Beendigung des Krieges einzutreten, der der Parteivorstand nicht entsprochen habe, müssen zur Durchführung gelangen.

Die Linke spricht sich gegen die Erklärungen über die Friedensbedingungen aus, die die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in Österreich in Stockholm abgegeben haben und stellt sich auf den Boden der Stockholmer Erklärung der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Sie weist darauf hin, daß noch im März 1916, als Friedrich Adler als erster einen Frieden ohne Eroberungen und ohne Kriegsschuldungen forderte, die Mehrheit der Partei diese Forderung auf der zweiten Reichskonferenz abgelehnt habe, daß man das Nationalitätsprinzip für Rußland fordere, es für Österreich aber ablehne.

Sie fordert eine energische Aktion für den Frieden im Parlament, in der Presse, durch Massenversammlungen und Massendemonstrationen, um die österreichisch-ungarische Regierung vorwärtszutreiben, damit sie ihre ganze Kraft einsetze, die Regierung des Deutschen Reiches zu offenem, unzweideutiger Bekanntheit ihrer Friedensbedingungen zu bewegen.

3. Die geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie kann nur im Klassenkampf erfüllt werden, nicht in der Teilnahme an der Verwaltungsarbeit in den Gemeinden und in den Kriegswirtschaftsorganisationen. Es dürfe nicht an die Einsicht der herrschenden Klassen, sondern es müsse an den Willen des Proletariats appelliert werden. Die Linke lehnt jede Blockpolitik, jede Bewilligung des Budgets des Reichsausschusses, jede Bewilligung von Kriegskrediten, jede Teilnahme an bürgerlichen Regierungen unbedingt ab und hält fest an dem alten Grundsatze: Dem kapitalistischen Staate keinen Mann und keinen Groschen!

4. Der österreichische Reichsrat sei ein unmächtiges Scheinparlament. Die Sozialdemokratie müsse die Massen darüber aufklären, daß nur durch volle Demokratie, durch eine Verfassungsreform auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen Österreich zu einem wirklichen Parlamentarismus gelangen könne.

Die Parteipresse habe unter dem Einfluß Renner's die Staatskritik verflacht und beschönigt. In der Zeit der staatsrechtlichen Massenversammlungen habe Renner diesen Staat geradezu idealisiert. Er suche die Illusion zu erwecken, daß die Krankheit des Staates durch eine bloße Verwaltungsreform geheilt werden könne. Nicht die Kreisverwaltung könne jedoch die Lösung sein im Kampf für die nationale Autonomie, sondern die Einberufung konstituierender Nationalversammlungen der einzelnen Nationen, von denen jede die Verfassung und Verwaltungsorganisation ihrer Nation souverän festsetzt.

5. Der nationalsozialistische Richtung Fernerstorfer's und Leutner's und der sozialpatriotischen Richtung Renner's stellt die Linke den alten Internationalismus entgegen. Solange die deutsche Partei durch den Nationalismus Fernerstor-

fers, die tschechische durch den Nationalismus Mobaritz's und die polnische Sozialdemokratie ebenfalls nationalisiert beeinflusst sei, sei eine gemeinsame internationale Politik nicht denkbar. In der deutschen Partei in Österreich, wie in der tschechischen und polnischen müsse darum der Kampf der internationalen Richtung gegen den Nationalismus geführt werden. Mit den Internationalisten innerhalb der deutschen Partei werden sich die tschechischen und die polnischen Internationalisten verbinden. Nur auf diese Weise glauben wir die Wiederherstellung einer mächtigen, von echtem internationalen Geist erfüllten, und darum einigen und lebenskräftigen Gesamtpartei in Österreich vorbereiten zu können.

Diese Erklärung, die von einer Anzahl von Rednern der Opposition begründet wurde, fand den schärfsten Widerstand der Mehrheit, die bekanntlich unter der Leitung Viktor Adlers steht. Renner führte u. a. folgendes aus:

„Es wird in der Erklärung der Linken gewarnt vor dem Geiste des Reformismus, in den die Partei aufzugehen droht, und man nennt mich folgerichtigsten Vertreter. Ich sage schon in meinem Buche, ich lehne den Reformismus ab als eine Richtung, die das Schwergewicht der Arbeiterbewegung verlegt in die Bürokratie der Arbeiterschaft, in ihre Vertrauensmänner, und das Schwergewicht legt auf die einzelne Reformarbeit, ohne das ganze zu sehen, und die Theorie ablehnt. Ich lehne aber auch ab den Doktrinarismus und den Revolutionarismus, der meint, alles und jedes lasse sich durch unmittelbare Aktion der Massen verwirklichen. In meine, es gibt für die Arbeiterklasse Zeiten und Umstände, wo sie nichts anderes tun kann, als die ganz gemeine Schützengrubenarbeit des gewerkschaftlichen, des genossenschaftlichen und kommunalen Kampfes, aber ich leugne nicht, daß es andere Zeiten gibt, wo die Arbeiterklasse zu anderem und Höherem berufen ist, und ich warte auf die Stunde, wo die Arbeiterschaft in ihrer gesamten Masse durch eine einzige große Aktion imstande ist, das Schicksal der Welt zu wenden.“

Wenn man mir vorwirft, mein „Reformismus“ führe zum „Ministerialismus“, so wissen Sie, daß er dazu nicht geführt hat, und daß ich zugleich aus freien Stücken gesagt habe, es ist ausgeschlossen, daß ich mich an der Regierung beteilige.

Wenn man sagt, der Arbeiter brauche eine geordnete Verwaltung, hört man: „Ihr kümmert euch nur um Österreich und laßt die anderen Dinge zucken!“ Aber in diesem Punkte muß die Arbeiterschaft zur Klarheit kommen. Will sie den Verfall zum Grundhals erheben, soll sie es tun. Will sie es nicht, so muß sie die Zelle, in der man sie gefangen hält, sauber halten. Wir sind in vielen taktischen Fragen deshalb fehlgegangen, weil wir nicht eingesehen haben, welches Gewicht der Staat im täglichen Leben der Arbeiterklasse hat. Ich bin der Meinung, daß die Politik des Proletariats sein muß: Eroberung der Staatsgewalt, um sie in den Dienst der arbeitenden Klasse zu stellen.

Es gibt von vornherein keinen sicheren Weg, nur ein sicheres Ziel. Wenn ich aber den Staat erobern will, dann darf ich ihn nicht von vornherein regieren, sondern ich muß ihn erkennen und studieren und das kann ich nur, wenn ich in alle seine gesetzgebenden Körperschaften, wirtschaftlichen und Verwaltungskörperchaften eindringe. Das ist es, was ich in meinen Büchern zu beweisen suche. Ich werde niemals darin erlahmen, die Arbeiterklasse mit der Erkenntnis zu erfüllen, daß die Eroberung der Staatsgewalt, ob plötzlich, ob stufen- oder etappenweise, in politischer Beziehung ihr Hauptziel ist.“

Wozu nur zu bemerken wäre, daß nach der furchtbaren Aufrüttelung des Proletariats durch den Weltkrieg die Zeit der „ganz gemeinen Schützengrubenarbeit“ allmählich doch zu Ende gehen müßte, wenn es sich nicht unter die Fuchtel des Staatskapitalismus ducken und eine neue Aera des Imperialismus, zu der Renner mit seinem „Mitteleuropa“ schon Bausteine herbeigetragen hat, über sich ergehen lassen will.

Nach der Debatte über die Erklärung der Minderheit wurde eine Resolution Viktor Adlers einstimmig angenommen, in der es heißt:

„... (Der Parteitag) stellt fest, daß die Partei ohne Unterschied der Richtungen darin einig ist, ihre Geschlossenheit und Einheit zu erhalten und den Kampf für den Frieden mit aller Kraft fortzusetzen und in der notwendigen taglichen Kleinarbeit für die Interessen des Proletariats die Pflicht nicht zu vernachlässigen, die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe vorzubereiten. Der Parteitag erwartet mit vollem Vertrauen von der zukünftigen Vertretung der Partei, daß sie im Geiste der Grundsätze der Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb des Parlaments den Klassenkampf zu führen und vor allem für den Frieden zu wirken verstehen wird.“

Damit ist eine Spaltung der deutsch-österreichischen Partei vermieden worden. Beide Richtungen können im Rahmen der Gesamtpartei für ihre Anschauungen wirken und unter den Massen für ihre Anschauungen werben. Das Klasseninteresse der Massen und das proletarische Empfinden wird daher ausschlaggebend sein. Der kluge und geschickte Taktiker Viktor Adler hat das leuchtende Beispiel des deutschen regierungssozialistischen Parteivorstandes nicht befolgt. Wenn er wie dieser vom Autoritätsdünkel und Korporalgeist besessen gewesen wäre, hätte er auch irgendeinen Vorwand finden können, um zu dekretieren, daß die

Opposition „sich außerhalb der Partei gestellt“ habe. Er hat aber im Interesse der Parteeinheit darauf verzichtet. In unseren Freunden, der deutsch-österreichischen Opposition wird es sehr sein, den internationalen Anschauungen in der Partei zum Durchbruch zu verhelfen und den Arbeitern mit Takt und Geschick die Augen über das Wesen des Sozialpatriotismus und Reformismus zu öffnen.

Im weiteren Verlauf des Parteitages wurde ein Antrag einstimmig angenommen, nach dem die zu wählende Parteileitung verpflichtet wird, die radikalste Bekämpfung des Krieges sofort mit allen Mitteln in Angriff zu nehmen. Angenommen wurde auch ein Antrag der jugendlichen Arbeiter, die verlangen, daß innerhalb der Parteioptionen für alle Genossen und Genossinnen Gelegenheit zur Diskussion der kritischen Fragen aus Theorie und Praxis des proletarischen Klassenkampfes geschaffen werde.

Zum Berichte über die parlamentarische Tätigkeit, den Genosse Seiz erstattete, entstand eine lebhafte Debatte, in der eine Anzahl Anträge gestellt wurden, die sich auf die Friedensaktion und auf die Teilnahme an der Regierung bezogen. In letzterer Frage wurde folgender Antrag angenommen: „Der Parteitag erklärt sein ausdrückliches Einverständnis mit der Ablehnung der Ministerposten durch den Klub (d. h. die Fraktion) und Parteivorstand. Der Fraktion wurde ferner folgender Antrag der weiblichen Delegierten überwiesen:

„Die sozialdemokratische Fraktion möge unverzüglich darauf dringen, daß die Regierung im Parlament in klaren, unzweideutigen Worten erklärt, daß sie zu einem Frieden auf Grund der russischen Formel ohne Annexion und ohne Kontribution unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bereit ist. Die Fraktion ist ferner zu beauftragen, mit ganzer Kraft dafür zu wirken, daß die österreichische Regierung der russischen Regierung offiziell die Verhandlung zuzulassen lasse, daß sie auf dieser Grundlage den Frieden anstrebt. Zugleich soll die russische durch die österreichische Regierung aufgefordert werden, auf Grund dieses Angebots auf ihre Verbündeten einzuwirken.“

Diese Aktion der Regierung soll von der sozialdemokratischen Partei in der Form unterstützt werden, daß im ganzen Reich unverzüglich Massenkundgebungen für den Frieden veranstaltet werden. Bei diesen Kundgebungen soll auch den Kriegsverbündeten Österreichs gegenüber klar und bestimmt zum Ausdruck gebracht werden, daß wir nichts als den Frieden wollen.“

Der Parteitag gibt der Hoffnung Ausdruck, daß eine solche Kundgebung in Österreich die deutsche Bruderpartei bestimmen wird, außer ihren bisherigen Friedensaktionen auch eine Kundgebung in dem hier beantragten Sinne zu unternehmen.“

Nach einem Referat Renner's und nach längerer Debatte über die Demokratisierung Österreichs wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt:

„Die organisierte Arbeiterschaft Österreichs ist nicht gewillt, in diesem Kampfe zurückzulassen, und nicht gewillt, die politische Entrichtung, die sie in ihrem eigenen Staate in den Gemeinden und Ländern erfährt, länger geduldig zu ertragen; sie fordert die endliche Durchführung ihrer vollen politischen Gleichberechtigung in allen öffentlichen Einrichtungen des Staates und erklärt: Inmitten der allgemeinen Demokratie der Welt und neben dem demokratischen Bund freier Völker in Rußland kann Österreich nicht bestehen ohne die Verwirklichung der Selbstregierung des Volkes und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.“

Die politische Demokratie soll erreicht werden durch die einheitliche allgemeine Kreisverfassung für ganz Österreich auf Grund der nationalen Abgrenzung der Kreise und in gemischt-sprachigen Gebieten auf Grund der nationalen Sondernung in eigenen Verwaltungskörpern. Die Aufrichtung der lokalen Selbstregierung des Volkes, die unverzügliche Einführung des allgemeinen gleichen Verhältniswahlrechts in Gemeinde und Kreis wird als das nächste und dringendste Gebot jeder Verfassungsreform bezeichnet.

Der Parteitag fordert die Umwandlung Österreichs in einen Nationalitätenbundesstaat, wozu die Kreisverfassung und die Selbstregierung des Volkes im Kreise einen gangbaren Weg weise. Er warnt vor dem Wiederaufbau der alten Landtage, die immer nur Mittel der nationalen Fremdherrschaft gewesen seien. Alle in den Wahlkreisen einer Nation gewesenen Abgeordneten seien als Nationalvertreter einzusetzen, die das in Kreisen organisierte eigene Stedelungsgebiet der Nation zu verwalten hätten. Die gesamtstaatliche Verwaltung sei zu führen durch den Bundesstaat der sich selbst regierenden Nationen, die im Wege der Vereinbarung ihre gemeinsamen Angelegenheiten bestimmen und in verhältnismäßiger Anteilnahme an der Macht gemeinsam ordnen. Diese Verfassung soll das Parlament des allgemeinen Stimmrechts berufen. Verlage das jetzige, so müßten Neuwahlen stattfinden.

Nach einem Referat Viktor Adlers über Stockholm wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Parteitag erklärt es als die selbstverständliche Pflicht der politischen und parlamentarischen Vertretung der Sozialdemokratie, mit aller Energie jede

Möglichkeit auszunutzen, für den Frieden zu wirken. In die Regierung ist die dringende Forderung zu stellen, daß sie, auf dem von ihr eingeschlagenen Wege fortschreitend, alle kriegsführenden Staaten auffordere, zu Friedensverhandlungen zusammenzutreten, indem sie offen und in klaren Worten verkündet, daß sie bereit ist und ihre Verbündeten dafür gewinnt, solche Verhandlungen zu beginnen, unter der Voraussetzung, keine Annexion und keine Kriegsschädigung anzustreben, insbesondere Serbien, Rumänien und Belgien wiederherzustellen, ohne diese Staaten oder das unabhängige Polen in irgendwelcher wirtschaftlicher oder militärischer Abhängigkeit erhalten zu wollen, und daß sie schließlich bereit ist, bestimmte Vorschläge zu machen und entgegenzunehmen, die durch internationale Abklärung, obligatorische Entscheidung aller Streitfragen zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichte ein neues Völkerrecht zu schaffen und der Wiederholung des heutigen Völkermordens vorzubeugen.

Ein Antrag, der den Parteivorstand beantragte, die Verhandlungen mit der reichsdeutschen Arbeiterbewegung stets mit den beiden deutschen sozialdemokratischen Parteien in Verbindung zu halten, wurde mit 64 gegen 58 Stimmen abgelehnt. — Wir können zurzeit den Sinn und die Tragweite dieser Abstimmung nicht übersehen. Soll er bedeuten, daß die deutsch-österreichische Partei nur zur reichsdeutschen Scheidemann-Partei Beziehungen unterhalten und die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands nicht anerkennen soll, so wäre die österreichische Opposition in eine sehr peinliche Lage versetzt und der oben erwähnte Einigkeitsschluß hätte damit schon ein Loch erhalten. Viktor Adler hatte allerdings vor der Abstimmung darauf hingewiesen, daß die Beziehungen zu beiden deutschen Parteien bereits beständen und daß der Antrag überflüssig sei. Da er aber zur Abstimmung kam und abgelehnt wurde, ist eine Situation geschaffen, die noch der Klärung bedarf.

Der Parteitag nahm auch noch folgenden Antrag an:

„Der Parteitag bedauert lebhaft, daß Genosse Karl Kautsky die Stätte seines Wirkens verlassen mußte, spricht ihm den warmsten Dank für seine der Internationalen gewidmete Arbeit aus und hofft, daß er in kürzester Zeit eine neue Stätte für seine der gesamten Arbeiterbewegung unentbehrliche Wirksamkeit finden werde.“

Der Parteitag beschloß auch noch eine Erhöhung der Parteibeiträge. In die Parteileitung wurden, soweit wir von der Stellungnahme der einzelnen Mitglieder unterrichtet sind, nur Vertreter der Mehrheit gewählt, an erster Stelle natürlich wieder Viktor Adler, dann aber auch Renner, Fernerstorfer u. a.

## Wochenschan.

Vom 23. bis 30. Oktober 1917.

**Kriegsereignisse:** Gewaltige Kräfteanstrengungen sind in der vergangenen Woche auf den wichtigsten Kriegsschauplätzen gemacht worden. An der Westfront führen die Engländer im flandrischen Frontabschnitt immer wieder größere Infanteriemassen gegen die deutschen Linien vor, während die Franzosen am 24. Oktober den dauernden Artilleriekampf zu einem Massenvorstoß an der Aisne erweiterten. Während aber das unangesehene Ringen an der Westfront bis heute an der strategischen Gesamtlage nichts hat ändern können, ist an der Isonzofront eine gewaltige Umwälzung eingetreten. Die riesige Kampflinie der italienischen Armee, die nach zweijährigem, opfervollem Ringen von der italienischen Heeresleitung am Isonzo erreicht worden war, ist durch den Anprall deutscher und österreichischer Truppen durchbrochen, aufgerollt und völlig erschüttert worden. Die Steger haben nicht allein Görz wieder besetzt, ihre Vortruppen stehen bereits in der venezianischen Ebene. Zwei italienische Armeen sind völlig aufgelöst, die anderen sind isoliert und werden kaum noch zu geschlossenem Widerstande zusammengefaßt werden können. — An der Ostfront herrscht zwar Ruhe, in Rußland ist man aber feierhaft an der Arbeit, einem drohenden Vorstoße der deutschen Truppen in Richtung Petersburg durch Anlage von Befestigungen, Truppenkonzentrationen usw. zu begegnen. — Nach einer Mitteilung des deutschen Admiralstabes sind durch den U-Bootkrieg im Monat September 672 000 Tonnen Schiffsraum versenkt worden; seit Beginn des verstärkten U-Bootkrieges wurden 6 975 000 Tonnen versenkt. — Die Versenkung eines von englischen Torpedobooten geleiteten Zuges neutraler Handelschiffe hat einen gemeinsamen Protest der skandinavischen Staaten zur Folge gehabt.

**Ausland:** In Oesterreich ist der Regierung nach vielen Kämpfen und Reibungen ein viermonatliches Budgetprovisorium bewilligt worden. Die deutsch-österreichische Sozialdemokratie hat gegen das Budget gestimmt, die polnischen Sozialisten dagegen dafür.

In Ungarn will es wie anderswo mit der Wahlreform nicht vorwärts gehen. Das Ministerium Weterle hat sich durch einen Angriff auf die Gewerkschaften die Gegnerschaft der Sozialdemokraten zugezogen und will diese bei der Mitwirkung an der Wahlreform von den anderen Parteien trennen. Der Graf Tisza sucht seine Feindschaft gegen das freie Wahlrecht in allerlei parlamentarischen Intriguen durchzusetzen.

In Polen ist unter großem offiziellen Gebränge der von den beiden Kaisern ernannte dreiköpfige Regentenschaftsrat in sein Amt eingeführt worden. Die bürgerliche Verichterstatter melden, verhielt sich das Volk bei der Feier „zurückhaltend“.

In der Schweiz haben die Nationalratswahlen stattgefunden und haben eine erhebliche Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen gebracht.

In England hat Lloyd George wieder eine Rede gehalten, in der er gegen einen verfrühten Frieden weiterte und Deutschland das Schicksal Napoleon I. ankündigte. — Dem Unterhaus wird demnächst eine neue Kriegskreditvorlage (die 20.) in Höhe von 8 Milliarden Mark zugehen. Die gesamten Kriegskredite Englands betragen bis jetzt rund 107 Milliarden Mark.

In Rußland verschärft sich der Konflikt zwischen Regierung und den hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien und gemäßigten Sozialisten mit der revolutionären Demokratie mehr und mehr. Als Ergebnis der demokratischen Konferenz war eine Vereinbarung anzusehen, nach der ein Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte an der Konferenz der Entente-Regierungen teilnehmen und das von uns in der vorigen Nummer mitgeteilte Kriegsziel-Programm der Sowjets vertreten sollte. Die Regierung beeilte sich aber, mitzuteilen, daß sie ihre eigenen Anschauungen auf der Entente-Konferenz vertreten werde und daß Skobelow, der Abgesandte der Sowjets, kein Recht habe, im Namen der russischen Republik zu sprechen. Nach dem Zusammenbruch Italiens soll aber Skobelow überhaupt nicht zur Konferenz zugelassen werden. — Nach definitiver Auflösung der 4. Duma haben die bürgerlichen Parteien eine „Konferenz der Politiker“ abgehalten, die reaktionäre Beschlüsse gefaßt hat. Sie will die Fernhaltung der Politik vom Heere, die Verhängung des Kriegszustandes über die von der „Anarchie“ bedrohten Gebiete, vor allem aber wendet sie sich gegen die „gefährlichen“ Versuche, das wirtschaftliche Leben des Landes auf sozialistischen Grundlagen aufzubauen.

\* \* \*

**Innere Politik:** Die große Frage, ob der Reichskanzler Dr. Michaelis geht und wer an seiner Stelle die Ruffe für die Gewalten bilden soll, die in Wirklichkeit die äußere und innere Politik Deutschlands beherrschen, ist noch immer nicht gelöst. Denn Kanzler und Staatssekretäre tragen doch bloß die Verantwortung nach außen für eine Politik, deren ausschlaggebende Faktoren weder in der Wilhelmstraße noch im Reichstage zu suchen sind. In den letzten Tagen wurde der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling, dann aber auch Fürst Bälou als aussichtsreichste Kandidaten genannt. Das deutsche Proletariat muß in dem einen wie in dem anderen den politischen Gegner sehen. Wir überlassen es daher dem regierungssozialistischen Zentralorgan, in dem Buß von Kombinationen und Intriguen, der mit der Kanzlerkrise verbunden ist, herumzuwühlen und tüchtig mitzufombinieren und mitzuintriguieren. Den neunmalweisen Leuten kommt gar nicht zum Bewußtsein, wie jammervoll ihre sogenannte Demokratisierungsarbeit wirkt, die ein Duzend Parteiführer in dreimal verriegelten und verschlossenen Fraktionszimmern und in den Vorzimmern bei Hofe machen. Aber die Scheidemannier wollen unter allen Umständen Blockpolitik machen in einer Zeit, in der eine energische und selbständige proletarische Politik so dringend notwendig ist.

Der Staatssekretär v. Kuhlmann hat in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ eine platonische und sehr diplomatisch gehaltene Sympathieerklärung für das Friedensprogramm der russischen Sowjets veröffentlicht, mit der der Sache des Friedens eher geschadet als genützt worden ist, denn sie hat mit dazu beigetragen, Skobelow den Weg nach Paris zu sperren.

Der bisherige Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Herr von der Schulenburg, der der Stadt Berlin im allgemeinen und der Berliner Arbeiterschaft in besonderen alles andere als sympathischer Provinz Sachsen ernannt worden. An seine Stelle ist der frühere preussische Polizeiminister v. Voebell getreten.

In Berlin hat ein Kongreß der christlich-nationalen Arbeitervereine stattgefunden,

dem auch Regierungsherren und Vertreter der bürgerlichen Parteien, darunter auch Graf Schary, als Ehrengäste beizubehalten. Dieser Arbeiterkongreß wollte von einer Parlamentarisierung Deutschlands nichts wissen. Die J. A. als Sprachrohr der „freien“ Gewerkschaftsführer schreibt über diese Tagung: „Aber abgesehen von diesem Streitpunkt, hat sich die christlich-nationale Arbeiterbewegung durch die Kriegserfahrungen in erfreulicher Weise demokratisch und antikapitalistisch entwickelt und es eröffnen sich manche Aussichten für ein Zusammenwirken mit ihr gegen brutale Gewinnsucht und Reaktion.“ — Wir nehmen an, daß die Mitglieder der freien Gewerkschaften diesen rosenroten Optimismus nicht teilen.

Gegen die Vaterlandspartei wird eine Gegen gründung, ein „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ geplant, als dessen Generalsekretär der zentralabgeordnete Gleibitz und der gemäßigte konservative Dr. Grabowski genannt werden. Aus einer Bemerkung der J. A. geht aber hervor, daß auch die Gewerkschaften und vielleicht auch die regierungssozialistische Partei diesem „Volksbunde“ angeschlossen werden sollen. Wenn die Gewerkschaftsführer und Regierungssozialisten nicht von dem krankhaften Wahne befallen wären, unter allen Umständen an den Rockschößen des Bürgerturns zu hängen, könnten sie sich die Teilnahme an so und soviel „Volksbänden“ und Ausschüssen sparen. Sie hätten Mittel und Massen genug an der Hand, eine gewaltige Volksbewegung zu entfachen, die bald den Krakehl der Vaterlandsparteiler überdünen würde.

## Aus der Bewegung.

**Stettin.** Am 25. Oktober fand eine stark besuchte Versammlung der Unabhängigen Organisation statt, in der Genossin Burm über die letzten politischen Vorgänge referierte. Nach dem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 25. Oktober im Volkshaus tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Parteivereins Stettin spricht den vom Reichskanzler Dr. Michaelis und dem Staatssekretär der Marine v. Capelle als Landesvertrauenspersonen Genossen Daase, Vogtner und Dittmann für ihr mutiges Auftreten im Reichstage ihre Anerkennung und unbedingte Vertrauen aus.“

**Die Entwicklung der Danziger Parteiorganisation** ist im letzten Vierteljahr wieder sehr günstig gewesen. Trotz zahlreicher Gestellungsbeschele zum Militär stieg die Mitgliederzahl von 810 auf 449 (darunter 91 weibliche Mitglieder). Die Einnahme betrug ohne den Kassenbestand am Quartalsbeginn 1102 Mk. Die Ausgabe erreichte die Höhe von 792 Mk. Der Kassenbestand stieg von 406 Mk. auf 805 Mk. Die günstige Entwicklung hält weiter an und führte bereits zu neuen Aufnahmen im laufenden Quartal. — Die Regierungssozialisten in Danzig dürften höchstens ein Drittel der Stärke unserer Genossen zählen.

**Greiz.** Der Gewaltstreik des Parteivorstandes gegen die „Neue Zeit“ hat im Greizer Verbreitungsbezirk die Folge gehabt, daß sämtliche Abonnenten das Abonnement nicht wieder erneuert haben. Es handelt sich hierbei um alte bewährte Genossen, die dem neuen Parteitheoretiker der Regierungssozialisten, Cunow, keine Gefolgschaft leisten wollen.

**Anschluß an die U. S. P.** Am 20. Oktober hat der Ortsverein Drlawünde der sozialdemokratischen Partei in Drlawünde die U. S. P. beschlossen. Die Mitglieder sind bereits im Besitz der neuen Mitgliedsbücher. Diesem Orte aus dem Sachsen-Altenburgischen Kreise, den der Mehrheitsmann Kappeler vertritt, dürften in Bälde noch weitere folgen. So geht es überall vorwärts. Der so überaus beschämende Verlauf des Würzburger Parteitages, der den Abmarsch der Scheidemannier ins bürgerliche Lager nur noch dürftig verhält, wird sicher dazu beitragen, die Bindung aus den Reihen der Abhängigen noch mehr zu beschleunigen.

**Die Regierungssozialisten in Neuh. a. U.** Bekanntlich ist im Wahlkreis Neuh. a. U. der Uebertritt zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei durch eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins in ordnungsmäßiger Weise vollzogen worden. Eine Anzahl Mitglieder des Vereins, die auf die Parteivorstandspolitik schwören, haben den Uebertritt nicht mitgemacht und betrachteten sich durch den Beschluß der Generalversammlung als Parteimitglieder. Sie haben unter Führung des Landtagsabgeordneten D. Fischer eine Sonderorganisation gegründet, die nun den alten sozialdemokratischen Verein repräsentieren soll. Nach Berichten im „Vorwärts“ soll sich diese Organisation schon kräftig entwickelt haben. Offiziell abgemeldet von dem sozialdemokratischen Verein haben sich aber erst gegen 20 Mitglieder, eine weinere Anzahl verweigert die Beitragszahlung, weil sie mit den ganzen Parteiverhältnissen unzufrieden sind. Das Gros der Parteimitglieder ist aber mit dem Uebertritt einverstanden und hält treu zum unabhängigen Banner der Sozialdemokratie.

Der Führer der Abhängigen der für die beiden Neuhänger von seinen Anhängern nach Würzburg beurlaubt worden ist — entfaltet nun eine rührige Tätigkeit und verlangt von der alten Wahlkreisorganisation die Herausgabe eines Teiles des Parteivermögens, der Mitgliederlisten und Beteiligung an der Neuhänger Volkszeitung. Eine von unserer Seite einberufene Funktionärskonferenz stellte sich im Prinzip

einem diesbezüglichen Ausgleich nicht ablehnend gegenüber, wenigstens dabei betont wurde, daß eine Verzinsung zur Anerkennung dieser Forderungen nicht im geringsten vorliegt. Das Entgegenkommen unsererseits wird indes sehr erschwert durch das aggressive Vorgehen des Führers der Abhängigen, des Landtagsabgeordneten Fischer. Dieser bombardiert die Redaktion der Neugischen Volkszeitung mit Artikeln bzw. Inseraten abhängiger Content. Diese sind in einem Tone gehalten, daß ihnen die Aufnahme aus verschiedenen Gründen verweigert werden müßte. Der Mann beschwerte sich hierüber bei der Freilekommission und als diese Beschwerde gegen die Redaktion abgelehnt worden war, schickte er sich auf Anraten des Reichstagsabgeordneten Cohen in die Preizter Zeitung und machte seinem abhängigen Herzen in diesem bürgerlichen Blatt, das der schwärzesten Reaktion angehört, Luft. Fischer hat liebevolles Verständnis bei den Lesern gefunden, die die Sozialdemokratie aus tiefer Seele hassen. War es doch gerade diese Zeitung, die erst kurz vorher die Regierungsozialisten mit dem „Scheidemannfrieden“ in der bekannten alldeutschen Manier in ihren Spalten heruntergerissen hatte. Die Erbitterung über dieses Gebaren eines angeblichen Sozialdemokraten war bei der Mehrzahl der Klassenbewußten Arbeiterkraft ziemlich groß. Die Gefolgschaft des Umlerneführers freute sich natürlich ob dieses Streiches ihres Strategen, der jedenfalls eine ganz andere Wirkung ausüben wird, als sie von Fischer erwartet wurde.

Ein regierungsozialistischer Vorkauf in Leipzig. Am Sonntag sprach hier im Saale des Zentraltheaters in einer sogenannten öffentlichen Volksversammlung der Reichstagsabgeordnete Landsberg über Freiheit und Frieden. Die Abhängigen hatten indes die Vorsicht gebraucht, zu dieser öffentlichen Versammlung nur denjenigen Eintritt zu gewähren, die im Besitz von Eintrittskarten waren. Unsere Partei hatte deshalb auf den Besuch verzichtet. Etwa 500 Besucher hatten sich eingefunden; ein großer Teil davon aus dem bürgerlichen Lager. Ob unter ihnen die Regierungsozialisten viele neue Rekruten gefunden haben, wissen wir nicht. Der Vortrag des Herrn Landsberg war natürlich mit heftigen Angriffen gegen die Unabhängige Sozialdemokratie gepickt. Als dann nach dem Vortrage ein Redner, obwohl er nicht Mitglied unserer Partei ist, die gegen die Angriffe in Schutz nahm, bezeichnete das Herr Landsberg als „Ankoppel zwischen die Beine werfen“. Es sei doch eine Versammlung für Freiheit und Frieden! Der Herr scheint sich wirklich einzubilden, wenn er seiner Versammlung eine entsprechende Etikette aufklebt, so dürften die von ihm Angegriffenen aus Respekt vor dieser Etikette sich nicht verweigern. Eine etwas gar zu advokatorische Logik!

Zum Vergleich mit dieser Versammlung wollen wir die unserer Partei anführen, die am Sonntag vorher in der großen Brauerei-Festhalle zu Stötteritz stattfand. Genosse Reichstagsabgeordneter Geyer sprach in ihr über die unerhörten Angriffe des Reichstagsabgeordneten auf unsere Partei. Die gewaltige Halle war dicht besetzt. Nach vorzüglicher Schätzung waren rund 4000 Personen in dieser Protestversammlung vereinigt.

Osterwald (Hannover). Von dem hiesigen sozialdemokratischen Verein wurde am 14. Oktober der Uebertritt zur U. S. P. beschlossen. Nur 5 Mitglieder haben sich geweigert, diesen Schritt mitanzunehmen, der auch durch das Zureden eines amwesenden Mitgliedes des alten Bezirksvorstandes nicht verhindert werden konnte.

Bödingen. Unter den hiesigen Genossen, die sich der U. S. P. angeschlossen haben, war auch Genosse W. Kautter, Kassierer der Partei. Derselbe hatte sich unserer Trennung die Kasse samt Inventar in Verwahrung, deren Herausgabe wir mit der Begründung verweigerten, daß auch wir Mitigentümer seien und die Abhängigen in die schöne Bibliothek haben. Nun erhielt der Vorsitzende, Genosse Hornung, am 11. Oktober vom Rechtsanwalt im Auftrag der Abhängigen ein Schreiben, worin unter Androhung einer Klage die „Herausgabe“ der Gegenstände verlangt wurde, da wir „ausgetreten“ seien. Um einem Prozeß, dessen Ausgang nach allen Richtungen hin nicht zweifelhaft sein konnte, vorzubeugen, wurde der Kassierer beauftragt, die Sachen abzugeben und werden nun die Abhängigen nicht wenig stolz auf ihren „Erfolg“ sein. Wenn sie glauben, durch eine solche heuchlerische Politik der Nadelstiche uns zu bekämpfen, so wird das unserer Aktion nicht schaden. Dieser Tage hatten die Abhängigen im 3. Wahlkreis 9 öffentliche Versammlungen ab mit dem Thema: „Verständlichkeitsfrieden oder Erschöpfungskrieg“. Uns ist jede Versammlungstätigkeit unmöglich gemacht.

### Aus den Organisationen.

Mariendorf. Aktion, Parteigenossen und Genossinnen Mariendorfs! Sonnabend, den 3. November, findet unsere Mitgliederversammlung im Lokal Gerolds Festhalle, Hansfechtstr. 283, abends 8 Uhr, statt. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Friß Kunert. Es wird erwartet, daß Mann für Mann zur Stelle sind.

Potsdam. Am Mittwoch, den 7. November, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Hausmann, Kaiser Wilhelmstr. 88, die Mitglieder-Versammlung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Wahlvereins statt mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen Leid-Berlin 3. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Genossen ist notwendig. Der Vorstand.

Cöpenick. Mittwoch, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal „Zum Stadtpark“ (Neb. Georg Schmidt), Ede Bahnhof- und Friedrichshagenstraße, eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Verbands-Generalversammlung. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Der Wahlverein Friß-Bukow hielt am 13. Oktober eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung

ab. Ein zeitgemäßes und interessantes Referat des Gen. Büchel füllte den Abend aus. Die vorhergehenden Reichstagsdebatten boten reichlich Stoff. Ebenso die Finanzlage des Reiches, die jetzt schon einsehende indirekte Besteuerung, die Ernährungschwierigkeiten der minderbemittelten Schichten im kommenden Winter und letzten Endes die Papinote. Der Parteitag der Regierungsozialisten tagte noch und ließ kein abschließendes Urteil zu. Die Genossen waren allgemein befriedigt und von der Wichtigkeit der Politik unserer Reichstagsfraktion überzeugt. Zahlreiche Genossen waren erschienen, die der leidige Parteizirk hatte abseits stehen lassen und die durch die Demaskierung derer um Scheidemann uns wieder zugeführt wurden. Eine rege Diskussion und ein Appell an diese Genossen, sich wieder für unsere gute Sache zu betätigen, beschloß die Versammlung.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 4. Nov., vorm. 9 Uhr, Bappel-Allee 15/17: Neukölln, Idealcasino, Weichfechtstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 43, bei Otto Baum; Freireligiöse Vorlesung. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Hermann Dasse: Tolstoi und die russische Seele. Gäste willkommen.

#### Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Montag, den 5. November, abends 8 1/2 Uhr, im Schulz Vereinshaus, Am Königsgraben 2, Vortrag. Nach dem Vortrag praktische Verbandsübungen. Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Herbstkonzert. Der Gesangsverein „Männer- und Frauenchor Dr.“ (M. d. D. A. S. B.) veranstaltet am Sonntag, den 11. November, unter der Leitung seines Chorleiters P. A. Joseph in der Singakademie (Kastanienwäldchen) ein Herbstkonzert. Zum Vortrag gelangen durchweg neuereinstudierte Chorwerke von F. Schubert, R. Schumann, Brahms-Joachim, G. Maria v. Weber, A. Arguzer, R. Kuhn, Th. Pöhlertski und H. Fängst für Männer-, Frauen- und gemischte Chöre. Zur Mitwirkung ist das Prof. Becker-Trio: Professor Otto Becker, Orgel und Klavier, Bianca Becker-Samolewska, Violine, Kurt Becker, Violoncello, gewonnen. Eintrittskarten à 75 Pf. sind bei P. Kupfer, Petersburgerstraße 66, P. Schneider, Huselandstr. 30 (Kaden), F. Meische, Kopenhafenerstr. 1 (Kaden), W. Staar, Weinstr. 6, M. Raffensib, Marienburgerstr. 7, A. Beier, Friedrichsfelderstr. 12 und im Berliner Verbandsbüro, Schillerstr. 4, zu haben.

Mariendorf. Der Bildungsausschuß veranstaltet auch in diesem Jahre eine Weihnachtsfeier, bei welcher an die Kinder kleine Geschenke verteilt werden. Die Parteigenossen werden ersucht, Namen, Geschlecht und Alter der Kinder, die an der Feier teilnehmen sollen, bei einer der nachgenannten Parteigenossinnen anzugeben: A. Brand, Streifstr. 8; Klemm, Streifstr. 1; M. Spannath, Kurfürstenstr. 74. Kinder, die bis zum 15. November nicht angemeldet sind, können auf keinen Fall berücksichtigt werden. Der Bildungsausschuß.

### Quittung.

4. Kreis. Zum Pressefonds: Liste 1349 20,20, 1960 2,—, 1401 2,50, 1446 5,25, 1481 1,—, 1495 1,—, 1574 3,50, 1581 34,95, 1701 4,50, 1890 8,—, 1896 1,—, 1873 3,—, 2054 4,50, 2080 0,50, 2088 0,50, 2070 1,—, 2156 5,95, 2180 3,50, 2184 1,50, 2171 1,—, 2172 2,10, 2178 0,50, 2174 0,40, 2222 1,—, 2288 14,40, 2291 2,—, 2293 3,—, 2308 1,50, 2401 2,40, 2402 2,70, 2409 12,50, 2411 1,50, 2432 1,—, 2433 1,—, 2434 0,90, 2439 4,50, 2443 0,75, 2444 0,20, 2503 21,—, 2541 0,50, 2545 2,30, 2547 3,20, 2548 6,70, 2549 2,—, 2555 1,—, 2697 9,—, 2698 7,20, 2699 4,05, 2700 1,—, 2704 1,50, 2727 2,—, 2825 3,—, 2828 2,50, 2829 3,—, 2881 0,—, 2882 4,—, 2921 4,10. Summa 261,75 Mk. Bereits quittiert 7017,85 Mk. Summa 7279,60 Mk.

4. Kreis. Für die Partei: Liste 6018 2,—, die Grundfahrten von Sch. D. Baumshulenberg auf Liste 6037 88,80, 6046 9,—, 6050 2,—, 6053 2,50, 6067 0,75, 6062 2,25, 6072 4,50, Kollegen der Firma Schwarzsopf 23,75, Kollegen der Firma Richter, Mühlentstr. 60a 18,50, 6709 4,65, 6713 2,50, 6721 2,—, 6735 2,50, 6745 14,20, 6746 16,—, 6782 8,75, 6888 7,—, 6790 11,50, 6794 2,85, 6804 15,20, 6879 9,50, 6884 21,—, 6896 1,20, 6899 2,—, Summa 225,20 Mk. Bereits quittiert 373,65 Mk. Summa 598,85 Mk. Außerdem ging ein: Wa. 0,40, G. Jos. 2,—, Franz 1,30, A. 1,—, Ehr. 3,—, Hof. 4,—, F. B. 2,—, B. B. 4,15, M. Friedrichshagen 5,—, Kai u. R. 2,—, Gott. 2,—, Schön. 1,—, 14 Genossen 18,20, Wb. 1,—, Brin. 7,20, A. Th. 1,40, H. Saut. 3,—, G. M. d. Langner 2,—, V. G. d. Langner 3,—, Sop. 1,—, P. B. 0,40, E. A. 1,—, E. B. 5,—, Th. Berl. 2,— Mk.

4. Kreis. Für die Stockholmer Friedenskonferenz: Liste 8463 10,20, 8446 20,50, 8551 21,50, 8553 19,20, 8459 1,—, 8460 9,70, 8461 2,—, 8466 5,90, die Grundfahrten von Sch. u. D. Baumshulenberg 12,—, 8598 3,20, 8599 8,50, durch Kurt Fischer 8510 30,50, gesammelt in der 40. Abteilung 8607 42,50, Bezirk 386 13806 2,95, 13868 3,15, 13888 4,75. Summa 203,65 Mk.

Für den Pressefonds von einem Feldgrauen M. G. 2 Mk., Biella 5 Mk.

Für Parteizwecke. Landst. XII. 2 Mk.

### Buchdruckerei

## Maurer & Dimmick

SO16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Quittungsmarken — Billots — Mitgliedbüchern — Programmen sowie sämtlichen Drucksachen.

### Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem 344. Bezirk, dem Arbeiter-Kadefahrer-Bund „Solidarität“, der Zahlstelle Berlin des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes und dem Genossen Darentzin für seine trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank. Ww. Auguste Arndt nebst Angehörige.

### Danksagung.

Für die anlässlich der Einäschung meiner treuen Gattin und unserer lieben Mutter

### Emma Müller

uns bewiesene Teilnahme sagen wir allen Teilnehmern, insbesondere dem Genossen Waldek Manasse für seine tröstenden Worte unseren aufrichtigsten Dank.

Hermann Müller.

Ulsons Müller. Walter Müller.

### Nachruf!

Am Mittwoch, den 24. Oktober, starb nach langem Leiden unsere Genossin

### Emma Müller

Bezirk 559

im Urban-Krankenhaus. — Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Die Genossinnen und Genossen der 6. Abt.

## Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

### 4. Wahlkreis.

Im Juni fiel unser Genosse

### Hermann Endrejat

Zorndorferstr. 18, Bezirk 892 II.

Im Februar 1916 fiel unser Genosse

### Rudolf Meyer

Staligerstr. 129, Bezirk 154 I.

Am 4. Oktober verstarb an den Folgen des Krieges unser Genosse

### Oskar Hinz

Staligerstr. 58, Bezirk 195 III.

Ehre ihrem Andenken!

### 6. Wahlkreis.

Am 17. September fand auf dem Kriegsschauplatz durch einen Unfallsfall unser früherer Verteilungskassierer, der Genosse

### Paul Söhne

Kohtorferstr. 6, 14. Abt. Bezirk 689 a

in einem Alter von 37 Jahren den Tod.

Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten werden.

### Nachruf.

### 4. Wahlkreis.

Am 27. Oktober verstarb unser Genosse und langjähriger Bezirksführer, der Schuhmacher

### Hermann Schneider

Landsberger Allee, Bezirk 899.

Am 22. Oktober verstarb unser Genosse, der Tischler

### Carl Arndt

Insterburger Straße, Bezirk 844.

Am 8. Oktober verstarb unser Genosse, der Friseur

### Hans Tagow

Lichtenberger Straße 20, Bezirk 879.

Am 25. Oktober verstarb unser Genosse und langjähriger Bezirksführer, der Schuhmacher

### Gustav Springer

Rottbuser Straße, 2. Abt.

Am 12. Oktober verstarb unser Genosse, der Tischler

### Robert Garske

Tilfiter Str. 77, Bezirk 842 I.

### Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Reinickendorf-Ost.

Am 29. Oktober 1917 verstarb unser langjähriges treues Mitglied, der Genosse, Restaurateur

### William Wendt

Provinsstr. 61.

Ehre ihrem Andenken!

## Der Kampf um das preussische Wahlrecht.

Von Heinrich Ströbel.

Der Jultag des Königs von Preußen, der den früheren Versprechungen einer preussischen Wahlrechtsreform auch die feste Zusicherung des gleichen Wahlrechts hinzusetzte, verhielt zugleich, daß die Wahlrechtsvorlage so früh eingebracht werden solle, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden könnten. Da nun die Neuwahlen in Preußen normaler Weise im Sommer 1918 stattfinden hätten, müßte der Landtag bis dahin das neue Wahlgesetz fertiggestellt haben. Nach allen offiziellen Ankündigungen der letzten Monate sollte dann auch der Landtag bei Beginn seiner neuen Tagung im Oktober die Wahlrechtsvorlage als Beratungsgegenstand bereits vorfinden, so daß ihre Verabschiedung bis zum Mai möglich sei. Trotzdem jedoch das Abgeordnetenhaus nicht, wie im Frühjahr beschlossen, am 8., sondern erst am 16. Oktober zusammentrat, war die Wahlrechtsvorlage noch nicht fertig. Und obwohl das Haus gleich wieder bis zum 6. November vertagt wurde, ist es sehr wahrscheinlich, daß ihm auch dann noch nicht die Wahlrechtsvorlage zugeht, soll sie ihm doch nach Blättermeldungen erst im Dezember vorgelegt werden!

Die Absicht der Verschleppung der Wahlrechtsreform ist unverkennbar. Und je zögerlicher und zögernder die Regierung an die Einlösung ihres Jultages herangeht, desto breiter und rückwärtsgerichtet sich natürlich der Widerstand der reaktionären Elemente gegen die Wahlrechtsreform. Die famose Vaterlandspartei forderte ja schon in ihrem Gründungsaufruf, daß die Entscheidung über die innerpolitischen Streitfragen der Zeit nach dem Kriege vorbehalten sei. Der Wehrverein deutet das Königswort vom Juli dahin aus, daß sein Versprechen mit der Vertagung der Wahlrechtsreform bis nach Kriegsende durchaus in Einklang zu bringen sei; man brauche bis dahin die preussische Legislaturperiode nach dem Vorbild des Reichstags zu verlängern, um trotz der Verschiebung der Wahlrechtsreform die Neuwahlen nach dem neuen Gesetz stattfinden zu lassen. Und der weitere Vorstand der konservativen Partei hat inzwischen eine Entschließung angenommen, die sich mit denkbarster Schärfe gegen das gleiche Wahlrecht in Preußen ausspricht. Also Obstruktion und Opposition auf der ganzen Linie der Vertreter des „alten preussischen Geistes“. Und die Regierung ermuntert und unterstützt diese Auflehnung gegen ihre feierlich bekundeten Absichten durch eine Verschleppungstaktik, die der reaktionären Rebellion gewöhnliche Mittel zur Sammlung und Anfeuerung ihres Heeres läßt!

Es liegt auf der Hand, daß eine Regierung, der wirklich etwas an der Durchführung ihres Wahlprogramms läge, rasche Arbeit machen müßte, um auch den Eifer, mit dem sie ihr Reformwerk betreiben, den aufrichtigen Ernst ihrer Absichten zu bezeugen. Umgekehrt muß ihr zögerndes und verschleppendes Vorgehen bei Freund und Feind des gleichen Wahlrechts den verhängnisvollen Eindruck erwecken, daß ihr selbst an der Verwirklichung der Jultagsversprechen nicht allzuviel gelegen ist und daß sie im Grunde ihres Herzens nicht allzu verstimmt wäre, wenn der Reichstag an ihr vorbeiginge.

Dieser Eindruck verstärkt sich noch erheblich, wenn man an die Entwicklung der Wahlrechtsreformverhandlungen während des Krieges denkt. Jahrelang nichts als ganz vage und allgemeine Versprechungen für eine unbestimmte Zukunft. Dann, in der Überhoffchaft, die Verheißung einer schärfer umrissenen Reform; aber immer noch ohne die Zusicherung des gleichen Wahlrechts und erst für die Zeit nach dem Kriege. Erst die politischen Ereignisse des Juli brachten den Stein ins Rollen. Aber schon scheint er sich wieder im Stachelbratgeräusch der rasch aufgeworfenen reaktionären Verhaue verfangen zu sollen, ohne sein Ziel zu erreichen.

Woher der neue Szenenwechsel, der obermalige Umschwung der innerpolitischen Konstellation? Nun, die Urursachen liegen klar genug an der Oberfläche. Die Sturmwinde in der Reichstagskommission, deren Niederlage die Mehrheitsresolution für den Verständigungsfrieden und die Jultagsversprechen der Regierung darstellten, waren auf den Niederbruch imperialistischer Illusionen zurückzuführen gewesen. Seitdem hat sich die momentane militärische Lage für Deutschland durch die Waffenerfolge im Osten gebessert — und sofort ist wieder eine augenfällige Wandlung bemerkbar. Sie verrät sich nicht nur in der ausweichenden Stellung der Regierung zur Kriegszieleinsparung vom 19. Juli, nicht nur in der Abgabe an die Forderung der Parlamentarisierung der Reichsregierung, sondern auch in der unklug und träge sich verschleppenden Inangriffnahme der preussischen Wahlrechtsreform.

Offenbar glauben die heimlichen und offenen Widersacher des gleichen Wahlrechts schon viel gewonnen zu haben, wenn sie nur erst einmal Zeit gewinnen. Bringt man es fertig, die erste Lesung der Vorlage bis in den Dezember hinein zu verschleppen, so werden die Kommissionsberatungen, die man ja unter dem Vorwand gebotener Gründlichkeit sehr in die Länge ziehen kann, bis tief in das Frühjahr hinein gehen, so daß die Erledigung der Vorlage bis zum gesetzlichen Schluß der Legislaturperiode wegen der ebenfalls notwendigen Doppelabstimmungen der beiden Häuser nicht mehr möglich ist. Wird aber dann die Legislaturperiode nach dem Vorschlag des Wehrvereins verlängert, so drängt ja dann auch die

Verabschiedung der Wahlrechtsvorlage nicht mehr, und man kann hoffen, das neue Wahlgesetz wirklich bis nach Kriegsende hinauszuschleppen. Wäre aber der Kriegsausgang ein derartiger, daß man ihn als einen Triumph des „alten preussischen Geistes“ zu verherrlichen vermöchte, so läge auch kein dringlicher Grund mehr vor, diesen traditionellen Preußengeist durch Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen zu gefährden. Zumal ja dann, nach Friedensschluß, keine allzu große Rücksichtnahme auf die proletarischen Wünsche mehr geboten schiene.

Nun hat man allerdings auf dem Würtzburger Kampftag der Abhängigen Sozialisten allerhand löbliche Forderungen, ja sogar Drohungen vernommen. Man hat dort die sofortige Einführung des gleichen Preussischen Wahlrechts verlangt und dem Landsturm der Reaktion, Herrn Michaelis, den dringlichen Rat gegeben, so rasch als möglich zu verschwinden. Aber die heldenhafte Reithorl dieser allzuleicht zu besänftigenden Umherneulisten dürfte weder den Alldeutschen noch der Regierung allzu sehr imponieren. Vielmehr wird nur das harte Maß der Verhältnisse die Regierung zur Einlösung ihres Jultages zu drängen vermögen. Zwingende historische Situationen sind, wie ja nicht nur die frühere Geschichte des preussischen Staates lehrt, der sichere Geburtsheifer politischer Reformen. Hat doch derselbe Bethmann Hollweg, der noch im Frühjahr 1917 im Abgeordnetenhaus mit aller Entschiedenheit erklärte, daß während des Krieges eine preussische Wahlrechtsreform nicht möglich sei, bereits im Juli die unverzügliche Einführung des gleichen Wahlrechts in Aussicht stellen müssen, in vernünftiger Unterwerfung unter den Grundsatz, daß Not kein Gebot lenne. Und wenn unsere verbündeten Reichspolitiker sich einbilden, durch die Verschleppung der Wahlrechtsreform bis nach einem „Reichlichen“ Frieden um die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen herumkommen zu können, so wird es der deutschen Regierung wahrscheinlich bald genug zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie überhaupt nicht zu einem Frieden kommt, bevor nicht die Demokratisierung Preußens und Deutschlands eine Tatsache geworden ist. Je länger sie sich gegen diese Einsicht sträubt, je länger sie zaudert, ihre einschlässigen Konsequenzen daraus zu ziehen, desto furchtbarer werden die Kriegskosten ausfallen.

Leider hat es nicht den Anschein, als ob die anmaßenden Stellen sich den Einschüchterungen und Einschüchterungen der alldeutschen Kreise, die ja bereits unter der Diktatur entgegenzusetzen wagen, rechtzeitig zu entziehen vermöchten. Um so nachdrücklicher wird der Kampf um die Demokratisierung zu führen sein, im Parlament und im Volke!

\* \* \*

Inzwischen ist einiges über das Aussehen der Wahlrechtsvorlage mitgeteilt worden. Es soll sich um drei getrennte Vorlagen handeln, die aber nicht, wie es eine Zeitung hieß, durch ein sogenanntes Mantelgesetz zusammengefaßt werden. Das eine Gesetz behandelt die Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus, das zweite bezieht sich auf die Zusammensetzung des Herrenhauses und das dritte soll das Budgetgesetz des Herrenhauses erweitern. Das Wahlrechtsreformgesetz soll das gleiche Wahlrecht vorsehen, das an eine mehrjährige Staatsangehörigkeit und an eine längere Aufenthaltsdauer am Wohnort zur Zeit der Wahl geknüpft ist.

Schon diese dürftigen Angaben, aus denen noch nicht alle Schönheiten der Wahlrechtsreform zu erkennen sind, werden der Arbeiterschaft klar machen, daß der entscheidende Kampf um ein wirklich freies Wahlrecht in Preußen noch bevorsteht.

## Verteuerung der Volksspeisung.

Vom 5. November ab wird in Berlin eine Preiserhöhung des aus der städtischen Volksspeisung bezogenen Mittagessens eintreten. Der Portionspreis erhöht sich von 40 auf 50 Pf.

Unsere auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stehenden Genossen haben mit aller Entschiedenheit diese neueste Verteuerung bekämpft. Schon in dem mit der Vorbereitung der Verteuerung sich befassenden Ernährungsbeirat wandte sich unser Vertreter gegen die Verteuerungabsichten. Auch der Oberbürgermeister erklärte dort, daß die jetzige Zeit wohl nicht die geeignete sei, die Preise für das Essen zu erhöhen. Es blieb dem Stadtverordneten Adolf Ritter, Arbeitersekretär der Berliner Gewerkschaften, vorbehalten, für die Verteuerung sich ins Zeug zu legen. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß es ungerecht sei, die über die Selbstkosten hinausgehenden Beträge aus allgemeines Konto zu nehmen; aus „Gerechtigkeitsgefühl“ müsse er für die Preiserhöhung stimmen. Seine Stellung geht aus einem Bericht hervor, den der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 23. September kommentarlos brachte und in welchem es u. a. hieß:

„Der Beirat der Volksspeisung hielt nach längerer Pause unlängst eine Sitzung ab, aus der die wichtigsten Verhandlungspunkte wiedergegeben

feien. Nach den feinerzeit von der Berliner Stadtverordneten-Versammlung angenommenen Beschlüssen sollen die Speisen, welche durch die Massenspeisung an die Bevölkerung zur Ausgabe gelangen, zu den Herstellungskosten abgegeben werden. Der Preis wurde damals auf 40 Pf. für die ganze und 20 Pf. für die halbe Portion festgesetzt. Wie der Magistratsvertreter in der letzten Sitzung erklärte, werden jetzt bei diesem Preise die Unkosten, ohne daß dabei die entstehenden Generalunkosten mitgerechnet sind, nicht mehr gedeckt. Im Durchschnitt koste der Herstellungspreis für eine Portion etwa 48,5 Pf., gegenwärtig betrage der tägliche Zuschuß seitens der Stadt ungefähr 10.000 Mk. Der feinerzeit für den Zweck der Massenspeisung bewilligte Betrag von 2 Millionen Mark ist um circa eine halbe Million überschritten. Nachdem in ausgiebiger Aussprache Vorschläge der verschiedensten Art gemacht, wegen ihrer praktischen Undurchführbarkeit aber verworfen werden mußten, beschloß der Beirat gegen eine Stimme, dem Magistrat anheimzustellen, den Betrag für eine ganze Portion auf 50 Pf., für die halbe auf 25 Pf. zu erhöhen.“

Nach den Ausführungen Ritters schwie der Oberbürgermeister und auch die bürgerlichen Mitglieder brauchten nichts zu sagen. Und bei der Abstimmung stimmte Ritter für, unser Genosse gegen die Preiserhöhung. Soweit wir unterrichtet sind, hat sich Herr Köster, Sekretär der Berliner Gewerkschaftskommission, der ebenfalls im Ernährungsbeirat sitzt, ausgesprochen, aber bei der Abstimmung sich der Stimme enthalten. Nun war die Zustimmung da, der Boden war bereitet mit Hilfe Ritters und der Magistrat beehrte sich, die Erhöhung bald in Kraft treten zu lassen. Der Magistrat war der Meinung, er brauche die Stadtverordneten-Versammlung gar nicht weiter zu befragen, es sei sein alleiniges Recht, die Preisfestsetzung vorzunehmen. Da kamen ihm die unabhängigen sozialdemokratischen Stadtverordneten in die Quere. Sie stellten an die Stadtverordneten-Versammlung den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, von einer Preiserhöhung Abstand zu nehmen. Daraufhin beugte sich der Magistrat, der Stadtverordneten-Versammlung von seiner Absicht in einer besonderen Vorlage Kenntnis zu geben. Kenntnis geben heißt so viel wie: Ich teile Euch meinen Beschluß zwar mit, aber zu bestimmen habt ihr nicht.

In der Stadtverordneten-Versammlung am 25. Oktober wurde die Angelegenheit behandelt. Unser Redner wandte sich mit aller Deutlichkeit gegen die Verteuerung der Volksspeisung. Für eine Familie von 4 Köpfen bedeute diese Maßnahme eine monatliche Mehrausgabe von über 10 Mk. Der Grund, daß die Selbstkosten der Herstellung des Essens gedeckt werden müßten, sei nicht maßgebend, am allerwenigsten in der jetzigen Kriegszeit. Sei doch selbst im Reichstage von der Budgetkommission beschlossen worden, Reichsmittel zur Senkung der Lebensmittelpreise für die minderbemittelte Bevölkerung bereit zu stellen. Unser Genosse nagelte die arbeiterfeindliche Haltung des abhängigen Sozialdemokraten Adolf Ritter im Ernährungsbeirat und dessen sonderbares „Gerechtigkeitsgefühl“ fest. Wo könne man von Gerechtigkeit reden, wo feinerzeit die gesamte Bevölkerung, auch die reiche, die billige Fleischzulage erhalten habe, zu deren Kosten Reich, Staat und Gemeinde Mittel hergegeben haben. Diese „Geschenke“ haben alle Kreise genommen, ohne sich Kopfschmerzen zu machen, daß ihnen ein Geschenk gemacht worden sei.

Die bürgerlichen Gruppen fanden die Preiserhöhung in Ordnung: Für die Abhängigen sprach — Adolf Ritter. In seiner Fraktion hatte es längere Auseinandersetzungen gegeben. Ritter erklärte sich im Namen seiner Fraktion für den von unseren Genossen gestellten Antrag und gegen jede Verteuerung des Volksspeisens. Gegen unsere Genossen wandte er sich, indem er bemerkte, es sei nicht üblich, Vorgänge in Ausschüssen im Plenum zur Sprache zu bringen. Es gehöre ein eigener Gesetzmäßigkeit dazu, es zu tun. Das sagte derselbe Ritter, der doch genau weiß, wie der Bericht aus dem Ernährungsbeirat, den wir oben kurz wiedergegeben, in den „Vorwärts“ gekommen ist. Es sei zwar richtig, daß er in dem Beirat für die Preiserhöhung gestimmt habe, aber heute habe er im Namen seiner Freunde die Erklärung abgegeben, daß sie gegen die Erhöhung seien. Von seinem Gerechtigkeitsgefühl, das ihn zwang, für die Erhöhung einzutreten, sagte Ritter nichts mehr, dagegen hielt er sich bei der Qualität des Essens, über das sicher manches zu sagen ist, bei der Behandlung durch Ehrenämter usw. länger auf. Das Verhalten der bürgerlichen Fraktionen charakterisierte unser Redner dahin, daß es ihnen um das Wohl der ärmeren Bevölkerung nicht zu tun sei. Festgestellt wurde von unserem Genossen auch die Tatsache, daß der Staat selbst größere Zuschüsse zu den Kosten der städtischen Speisung ge-

leistet habe und dadurch die Zuschüsse der Stadt durch-  
aus keine übermäßigen zu nennen seien. Unser An-  
trag, eine Preiserhöhung nicht eintreten zu lassen,  
wurde abgelehnt. Für unseren Antrag stimmten  
außer unseren Genossen nur die Abhängigen. An der  
Tatsache ist aber nicht zu rütteln, daß der Stadtverord-  
nete Adolf Ritter durch seine Haltung in dem vor-  
berreitenden Stadium die Erhöhung nicht nur mitver-  
schuldet, sondern sie eigentlich auf dem Gewissen hat.  
Hätte er sich gleich unserem Genossen Hingze schon da-  
mals mit allem Eifer dagegen eingesetzt, so wäre der  
Magistrat schwerlich zu seinem Schritt gekommen.  
Er hat durch seinen Gerechtigkeitsfimmel die bürger-  
lichen Vertreter und den Magistrat geradezu ermutigt,  
die ärmere Bevölkerung in schwerer Zeit besonders  
zu belasten. Seine Fraktion hat ihm zwar nicht zuge-  
stimmt. Das entlastet ihn keineswegs von seiner  
Verantwortung, die er als Vertreter von Arbeitern  
im besonderen Maße haben sollte. Man könnte eine  
einmalige Entgleisung noch hingehen lassen, so schwere  
Folgen sie auch nach sich gezogen hat, wenn sie allein  
dastände. Aber sie ist die Konsequenz des Verhaltens  
in der Frage der Gaspreiserhöhung. Auch in dieser  
stellte sich Adolf Ritter in seiner Eigenschaft als Mit-  
glied des Aufsichtsrats der Gaswerke im Verein mit  
Heimann und Theodor Fischer, Parteisekretär der  
abhängigen Sozialdemokraten in Berlin, auf den  
gleichen Boden, daß die gestiegenen Kosten der Gas-  
herstellung von den Konsumenten getragen werden  
müßten und somit eine Gaspreiserhöhung gerecht-  
fertigt sei. Erst als die unabhängigen sozialdemokrati-  
schen Stadtverordneten mit aller Schärfe diesen Stand-  
punkt als falsch und unhaltbar geißelten und nach-  
wiesen, daß die höheren Kosten als Kriegsfolgen zu  
werten seien, die jetzt nicht den Konsumenten zu Lasten  
geschrieben werden dürften, erst dann bequemen sich  
die Abhängigen dazu, ihre Haltung zu ändern und  
mit uns gegen die Gaspreiserhöhung zu stimmen. Aber  
auch da bekamen es Adolf Ritter und Theodor Fischer  
es nicht über ihr gasaufsichtsrätlisches Herz, gegen die  
Gaspreiserhöhung zu stimmen, sie drückten sich von  
der Abstimmung, indem sie den Sitzungssaal während  
der Abstimmung verließen. Auch Arbeitervertreter!  
Und was für welche!

Die Vororte, die auf Berlin nur noch gewartet  
haben, werden sich beeilen, sofort auch ihre Preise  
für das in der Gemeindefüche hergestellte Essen zu  
erhöhen. Berlin wirkt vordbildlich!

## Agitation der Regierungssozialisten im Felde.

Kürzlich konnte das „Mittelungsblatt“ darüber  
berichten, mit welcher bettlerhaften Manier die Regie-  
rungssozialisten unter den Kriegsteilnehmern Abon-  
nenten für den „Vorwärts“ zu fangen suchten. Nun-  
mehr gehen die Herrschaften daran, die Vorwärtsleser  
als Mittelglieder ihrer Partei zu werben. Der „rote  
Dindenburg von Berlin“ hat seine überlegene  
Strategie auf den wirklichen Kriegsschauplätzen zu  
erproben. Ob das Resultat ihn und seine Getreuen  
ermutigen wird, bleibt abzuwarten.

Außer anderen Organen der Arbeiterbewegung  
hält mancher unserer geistig reifem Genossen zu  
informativischen Zwecken auch noch den „Vorwärts“,  
obwohl sie von seinem Standpunkt durch eine ganze  
Weltanschauung getrennt werden. Nachdem sie so  
„dem Vorwärts“ in schwerer Zeit die Treue halten“,  
bekommen sie von der regierungssozialistischen Be-  
zirksorganisation Groß-Berlin das neueste Flugblatt  
und die „Aufklärungsschrift“: „Sozialdemokratie und  
nationale Verteidigung“, worin die notwendige Mit-  
gliedschaft in der abhängigen Parteiorganisation be-  
gründet wird.

Die beiden Schriftstücke enthalten freilich nichts  
neues, aber es erscheint uns doch tünlich, einen Rich-  
tigen Blick darauf zu werfen, um über die Methoden  
der regierungssozialistischen Agitation unterrichtet zu  
sein. So erlaubt sich das Werbeflugblatt, die dreiste  
Verdrehung, die Berliner Organisation sei von der  
„gewissenlosen“ Opposition zerstückt worden; es heißt  
da u. a.: „Die einstmals so achtungsgebietende Orga-  
nisation der Sozialdemokratie Groß-Berlins ist dahin.  
Sie ist zerstückt durch das gewissenlose Treiben sich  
seit „unabhängig“ nennender ehemaliger Parteimit-  
glieder. Der Geist freiwilliger Disziplin, mit dem wir  
unser großen Kämpfe führten, der uns stark gemacht,  
die sonst selbstverständliche Unterordnung der Minder-  
heit unter den Willen der Mehrheit, sie hatten auf-  
gehört, das anerkannte, alleinherrschende Grundgesetz  
unserer Bewegung zu sein.“ Diese Objektivität ist  
einfach unübersehblich! Beginn die Zerstörung der  
Groß-Berliner Organisation nicht mit einer beispiel-  
losen Gewalthat des Parteivorstandes, mit dem Vor-  
wärtsraub? Ebenso ist das Gerede von der freien  
Disziplin, der Unterordnung der Minderheit unter  
den Willen der Mehrheit offensivere Demagogie. In  
Groß-Berlin hatte die Opposition von Anbeginn die  
erdrückende Mehrheit für sich; ihr einziges Verbrechen  
besteht darin, daß sie den mit roher Gewalt aufstrei-  
enden Infanzen die Gefolgschaft aufkündigte. Indessen  
ist von den Feinden, die seitdem einen Gewaltakt auf  
den andern häuften, nicht zu erwarten, daß sie sachlich

über die Dinge berichten, der Wahrheit die Ehre geben.  
Jeder, der die Zuspitzung und Ausprägung der Ver-  
liner Parteiverhältnisse beobachtet hat, wird sich für  
diese Verlehrung bestens bedanken und es wird den  
betrüben Strategen ohne Massen gewiß nicht gelin-  
gen, mit solchen niedrigen Mitteln „eine dauernde  
Verbindung mit den politisch interessierten Genossen  
im Heere zu erlangen“.

Nicht minder arbeitet die Aufklärungsschrift  
„Sozialdemokratie und nationale Verteidigung“ mit  
den einseitigen Verdrehungen der Tatsachen. Da wird  
noch einmal das „historische Material“ der David und  
Hänisch breitgetrieben, wonach die deutsche Sozialdemo-  
kratie schon immer das war, was heute die Regie-  
rungssozialisten sind. Da werden 24 Seiten mit aus  
dem Zusammenhang gerissenen Zitaten von Engels,  
Liebknecht, Bebel, Auer, Volkmar u. a. angefüllt, um  
die glorreiche Politik des 4. August zu rechtfertigen.

Das Täuschungsmanöver ist denn doch zu plump!  
Denn der eigentliche Sinn der Zitate unserer großen  
Vorkämpfer hat mit der heutigen Mehrheitspolitik  
nichts gemein. Engels, Bebel, Liebknecht, kurz, die  
gesamte soziale Internationale betonten und vertraten  
wohl die Notwendigkeit der bedingten Landesverteidi-  
gung, das heißt, des reinen Verteidigungskrieges. Von  
einer geringen übergradualen Minorität abgesehen,  
steht heute noch jeder Sozialist auf diesem Standpunkt.  
Aber wie weit, himmelweit, ist der neue Regierun-  
gssozialismus von diesem sichern Grundsatze entfernt.  
Die Fraktionspolitik der Scheidemänner — und das  
ist heute der Leitstern für die gesamte regierungss-  
ozialistische Gefolgschaft — hat die elementarsten sozia-  
listischen Prinzipien preisgegeben. Jede Selbständigkeit,  
jede ernsthafte Kritik. Und darum ist der Versuch, die  
eigene Preisgabe des Sozialismus mit Worten der  
Begründer und Vorkämpfer des Sozialismus zu be-  
kräftigen, ein Reichen heitigen und moralischen Tief-  
standes, eine Sophistik, die nicht mehr überboten  
werden kann.

Das alles ist nun gewiß nicht mehr neu. Da aber  
die Regierungssozialisten in Ermangelung neuer,  
stichhaltiger Argumente immer wieder mit der alten  
Verdrehungskunst auf den Weiserfang ausgehen, ist  
es erforderlich, sie wieder einmal bloßzustellen. Tun  
wir das nachdrücklich, so wird es diesen neuorientierten  
Staatsräten ebensowenig im Felde wie in der Heimat  
gelingen, Profektanten zu machen.

## Groß-Berliner Chronik.

Die Verkehrserschwerung durch Fahr-  
preiserhöhung und andere Einschränkungen  
brachte die Unabhängige sozialdemokratische Reichs-  
fraktion in der letzten Stadtverordneten-Versammlung  
zur Sprache. Sie verlangte vom Magistrat, er möge  
dahin wirken, daß diese Erschwerungen verhindert  
würden. Unser Redner, Genosse Rosenfeld, schilderte  
eingehend die Wirkungen dieser neuesten Verkehrs-  
maßnahmen. Die bürgerlichen Vertreter wollten aber  
nichts davon wissen, daß die Stadt besondere Schritte  
tue, der Stadt gebe das nichts an. Zudem bleibe  
nichts übrig, als solche Maßnahmen im Kriege als  
unabänderliche, wenn auch unbequeme Kriegsfolgen  
hinzunehmen. Daß es der Stadt eigentlich nichts an-  
ginge, und Sache des Landtags sei, meinte auch im  
Einkverständnis mit den bürgerlichen Vertretern der  
Redner der Abhängigen Fraktion. Erst auf Vorhalt  
unseres Genossen erklärte er, mit seinen Freunden auch  
für unseren Antrag stimmen zu wollen, obwohl die  
Begründung zur Ablehnung Witte führen müssen.

Das Berliner Schulkind zeigte in der  
letzten Stadtverordneten-Versammlung Genosse Reid  
auf aus Anlaß einer Vorlage auf Einziehung zweier  
Gemeindefschulen. Es paßte den Freisinnigen durch-  
aus nicht, daß unser Genosse in dem er gezogenen  
Namen die große Ursache im Schulbetriebe kritisierte,  
die durch Schließung von Schulen, Anordnung schul-  
freier Tage, Abtötung von Schulkindern zur Zeich-  
nung von Kriegsanleihe usw. hervorgerufen werde.  
Der Schulbetrieb würde auch durch das Schlechte, teure  
und knappe Schuhwerk stark beeinträchtigt. Das würde  
im Winter sehr schlimm werden. Der Schulkat teilte  
mit, daß die Schulverwaltung sich mit der letzteren  
Frage schon beschäftigt habe. Welche Maßnahmen ge-  
troffen werden sollen, gab er nicht bekannt. Es bleibt  
kein anderer Weg, als von den Behörden zu ver-  
langen, für Schuhzeug zu sorgen. Das ist genau so  
nötig, als die Sicherstellung der Ernährung.

Für die Kriegsbeschädigten mehr Mittel  
zur Verfügung zu stellen, verlangte vom Reich in der  
letzten Stadtverordneten-Versammlung Genosse Dr.  
Wehl.

Neue Eisenbahn-Monatskarten sind  
am 1. November zur Ausgabe gelangt. Die Monats-  
karten für die erste bis dritte Klasse werden in zwei  
Arten ausgegeben: für Personenzüge zu den bis-  
herigen Preisen und für Schnellzüge mit 100 Prozent  
Zuschlag auf die bisherigen Preise. Die für Personen-  
züge ausgestellten Monatskarten dürfen auch im  
Schnellzugverkehr gegen Erlangung einer Ergänzung-  
surte für jede Fahrt benutzt werden. Bei beiden  
Arten der Monatskarte ist bei Benutzung von Schnell-  
zügen der tarifmäßige Schnellzugzuschlag zu zahlen.  
Die durch Schalterausgang bekannt gemachten Schnell-  
züge, die von der Benutzung mit Monatskarten aus-  
geschlossen sind, dürfen auch nicht mit Schnellzug-  
monatskarte benutzt werden.

Wegen Mangel an Heizschläuchen und zur weite-  
ren Verminderung des Kohlenverbrauchs während des  
Winters muß die Heizung der Büge noch mehr als  
im vorigen Jahre eingeschränkt werden. Der  
diesjährige Heizzeitraum dauert bis zum 31. März  
kommenden Jahres. Die in den Abteilen anzu-  
strebende Wärme ist auf 10 bis 12 Grad herabgesetzt

worden. Von der Heizung der Stadtbahn, Vorort-  
und Nebenbahnzüge sowie der Büge des Nahverkehrs  
muss abgesehen werden. Die Staatseisenbahn-  
verwaltung richtet daher an das reisende Publikum  
die dringende Aufforderung, sich mit Eintritt kälteren  
Wetters ausreichend mit Winterbekleidung  
unter allen Umständen zu versehen, weil auch in den-  
jenigen Fernzügen, deren Heizung noch vorgesehen ist,  
nicht immer auf ausreichende Erwärmung der Abteile  
in bisher gewohnter Weise gerechnet werden kann.

Der Verkauf der Englischen Gas-  
anstalt will nicht zur Ruhe kommen. Jetzt hat der  
Zeltower Kreis sich mit dem Ankauf zu befassen.  
Dem Kreisausschuss ist jetzt das Ankaufsprojekt vor-  
gelegt worden. Obwohl auch sicher der Preis für  
unerhöht hoch bezeichnet worden ist, so soll es jetzt  
keine Rolle für die Wirtschaftlichkeit spielen, wenn  
20 Millionen mehr bezahlt werden, als die Sachver-  
ständigen den Wert geschätzt haben. Allerdings spielen  
kommunalpolitische Erwägungen bei diesem Ankauf  
eine Rolle, die höher gewertet werden, als die 20 Mill.  
Nebrandaube. Daß eine Wirtschaftlichkeit bei diesem  
Preis nicht erzielt werden wird, ist heute schon sicher,  
zumal nach Ablauf der Verträge Schöneberg und  
jedenfalls auch Wilmersdorf als Gasabnehmer aus-  
scheiden werden.

Weil sie durch Schleichhandel Lebens-  
mittel gekauft und verkauft haben, sind die Meischer-  
schen Weinstuben in der Französischen Straße ge-  
schlossen worden. Dem Küchenleiter wie dem Profu-  
rieren ist außerdem unterlagt worden, eine gleichartige  
Tätigkeit in anderen Geschäften auszuüben. — Eine  
Anzahl Verhaftungen sind wieder vorgenommen  
worden wegen Verschlebung von geschlachteten  
Schweinen.

Das Obst ist wieder einmal vom Markte ver-  
schwunden, nachdem wir eine kurze Zeit eine Obst-  
schwemme gehabt haben.

600 000 Mark für Holz und Kerzen.  
Zur Deckung der durch die Verzorgung der Einwohner  
von Schöneberg mit Brennstoffen entstehenden  
Kosten verlangte der Schöneberger Magistrat außer  
den bereits bewilligten 50 000 Mk. weitere 600 000 Mk.  
Für diesen Betrag sollen in der Hauptsache Brenn-  
holz und Kerzen angekauft und an die Einwohnerschaft  
abgegeben werden.

Einen gemeinsamen Kirchgang unter-  
nahmen am 31. Oktober, dem Tage der Reformations-  
feier Magistrat, Stadtverordnete und unbefolgte Ge-  
meindebeamte vom Rathaus nach der Nicolikirche.

Die Dienststunden der Brotkom-  
missionen sind vom 1. November ab wie folgt  
festgesetzt: An sämtlichen Wochentagen, mit Ausnahme  
des Mittwochs, tritt durchgehende Arbeitszeit von 9 bis  
4 Uhr ein. Die Brotkommissionen sind also bis 4 Uhr  
für das Publikum geöffnet. Am Mittwoch verbietet  
es bei der bisherigen Dienstzeit von 8 bis 1 Uhr und  
5 bis 7 Uhr, um der arbeitenden Bevölkerung an  
einem Tage Gelegenheit zu geben, am Schluß der  
Arbeitszeit ihre Kartenangelegenheiten in den Nach-  
mittagsstunden zu erledigen, falls hierzu im Laufe  
des Tages keine Gelegenheit vorhanden ist. Die  
Dienstzeit am Sonntag wird mit Rücksicht auf die  
durchgehende Arbeitszeit an den Wochentagen auf die  
Zeit von 9 bis 11 Uhr festgesetzt.

Vor dem Umgang mit Unabhängigen  
sucht der „Vorwärts“ seine Leser zu warnen. Der  
Dekonom des Gewerkschaftshauses hatte in seinem  
üblichen Wocheninserat auch den von unseren Genossen  
des 3. Kreises zum Sonntag, den 28. Oktober im Ge-  
werkschaftshaus arrangierten Kunstabend aus eigenem  
Antrieb mit aufgenommen. Das veranlaßt den „Vor-  
wärts“, in seinem redaktionellen Teile darauf auf-  
merksam zu machen, daß es sich um eine Veranstaltung  
der Unabhängigen handle. Welche Angst vor dem  
Verkehr mit Unabhängigen.

Ein interessanter Fänsfuhrtee wurde  
am letzten Sonntag von der bekannten Herausgeberin  
der Continental Times, Frau White, veranstaltet.  
Nach einem Bericht in bürgerlichen Zeitungen nahmen  
zahlreiche Vertreter der Diplomatie, der Kunst, Wissen-  
schaft und der Großindustrie teil. Es werden nament-  
lich aufgeführt Prinzessinnen, Grafen und Gräfinnen,  
Professoren, Geheimräte und Geheimrätinnen, Ge-  
sande und andere mehr. Der nachmittags begonnene  
Fänsfuhrtee endete, wie berichtet wird, erst um 2 Uhr  
morgens. In dieser langen Zeit dürfte natürlich auch  
für des Teibes Notdurft entsprechend gesorgt worden  
sein. Aohrüber wird es ja nicht ergehen haben, sonst  
würde der Teenachmittag nicht bis 2 Uhr morgens  
gewährt haben.

Aus einer Versammlung der Alldeutschen hinaus-  
geworfen wurde kürzlich der Reichstagsabgeordnete Otto  
Wels. In Friedrichshagen hatte die Vaterlandspartei in  
einem Inserat alle diejenigen eingeladen, die einen Frieden  
haben wollen, der den Opfern unseres Volkes an Gut und  
Blut und den Ertrugenschaften unseres tapferen Heeres  
gerecht wird. Der Einladung folgten Wels und einige  
seiner engeren Parteifreunde. In einem in der Nieder-  
barnimer Zeitung veröffentlichten Eingangs, unterzeichnet  
von Köckerich, Riele und Sparmann, wird erklärt, daß sie  
bedauern, die Versammlung besucht zu haben. In der Er-  
öffnungsrede war nämlich die Rede von der Reichstags-  
mehrheit als eine von einer Nerventrife geschüttelte  
Schwacherzige Gesellschaft. Das bezog Herr Wels auf  
sich und wollte sich durch Anträge vergewissern, ob auch  
Anhängern des Verständigungsfriedens das Wort verstatet  
würde. Vom Vorsitzenden wurde er gehindert, das ein-  
gehender auszuführen und schriftlich aufgefordert, das Lokal  
zu verlassen. Die Einglieder der Notiz beklagen sich über  
die abstoßende, gewalttätige Handlung des Versammlungs-  
leiters.

Diese Behandlung hätten sich die Leute ersparen können.  
So geht es, wenn man sich, bei dem Bürgertum in  
empfehlende Erinnerung bringen will.

# Für unsere Jugend.

## Religion und Sozialismus.

In der letzten Jugendbeilage (Nr. 28 des „M.-Bl.“) haben wir von der sozialistischen Weltanschauung gesprochen sowie von der Notwendigkeit, daß der jugendliche Arbeiter diese sich zu eigen machen muß. Dazu gehört auch die Kenntnis anderer Weltanschauungen, die der sozialistischen feindlich gegenüberstehen. Man kann nur dann für eine Weltanschauung und Ueberzeugung eintreten, wenn man die Anschauungen der Gegner kennt und mit überzeugenden Gründen zu widerlegen weiß. Im schärfsten Gegensatz zu der Weltanschauung des proletarischen Sozialismus, so wie ihn Karl Marx usw. wissenschaftlich begründet hat, steht die religiöse Weltanschauung, die heute noch jahraus jahrein Millionen von Arbeiterkindern durch die Schule usw. aufgezogen wird, in vielen Fällen gegen den Willen der Eltern. Die rauhe Wirklichkeit des Lebens wird vielen jungen Proletariern die religiösen Lehren der Schule zwar schnell vergessen machen, aber sie werden sehr häufig mit Anhängern der religiösen Weltanschauung in Berührung kommen und die mit dieser Weltanschauung im Zusammenhang stehenden kirchlichen Gebräuche usw. werden auch in ihrem Leben von Zeit zu Zeit eine Rolle spielen. Das fängt schon beim Verlassen der Schule mit der Konfirmation an, der wir unsere Jugendweiche entgegensehen. Aber wieviel junge Proletarier und Proletarierinnen sind in der Lage, zu begründen, warum sie nicht zur Konfirmation gegangen sind? Wie mancher unserer Leser, der offen eingestanden hat, daß er mit Religion und Kirche nichts mehr gemein habe, hat nicht von Tante, Großmutter oder von anderer Seite den Vorwurf gehört, daß der Mensch doch an Gott glauben und die Gebräuche der Kirche mitmachen müsse. Aber wie wenige sind in der Lage, solchen Vorwürfen mit wirklich stichhaltigen Gründen entgegenzutreten! Denn mit spöttischen Redensarten und oberflächlichen Schlagworten kann man niemanden von der Berechtigung der eigenen Weltanschauung überzeugen.

Worin besteht der Unterschied zwischen religiöser und sozialistischer Weltanschauung? Die Menschen, die im Banne der religiösen Weltanschauung stehen, mögen sie nun frommgläubige Mitglieder ihrer Religionsgemeinschaft (evangelische, katholische, jüdische usw.) sein oder mögen sie nur von Zeit zu Zeit sich ihrer Zugehörigkeit zu solchen Gemeinschaften bewußt werden, sind davon überzeugt, daß ihr eigenes Leben wie das der ganzen Menschheit abhängt von dem Walten übernatürlicher und übersinnlicher Kräfte, die über den Wolken thronen und die man Gott, Christus, Jungfrau Maria, Jehovah, Allah usw. nennt. Für den Einzelnen nimmt diese Ueberzeugung die Formen des Religionsbekenntnisses an, in das er durch Zufall hineingeboren ist und das ihm als das richtige und wahre hingestellt wird. Jedem Einzelnen wird von Kindesbeinen an durch die Schule usw. gelehrt, daß die Glaubensgesetze und Vorschriften seiner Religionsgemeinschaft die besten und zuverlässigsten seien, daß man nur durch sie sich die Gnade der göttlichen Gewalten sichern könne. Vor allem entspringt aber der religiösen Weltanschauung der Glaube an eine „göttliche Weltordnung“, nach der es unbedingte Arme und Reiche, beherrschende und beherrschte Klassen geben muß, weil das „immer so war“ und im Heilspiane der Gottheit liege.

Für den wissenschaftlichen Sozialismus gibt es eine solche „göttliche Weltordnung“ nicht. Er weist vielmehr nach, daß alles, was in Natur und Menschenwelt geschieht, bestimmten Entwicklungsgesetzen unterworfen ist, das der menschliche Geist erforschen und erkennen, der menschliche Wille und das menschliche Handeln in bestimmte Bahnen drängen kann. Nach der sozialistischen Weltanschauung ist die ganze Kulturentwicklung der Menschheit, sind die heutigen Zustände der Gesellschaft Menschenwerk, wie die Menschen auch die Gestaltung ihrer Zukunft selbst in der Hand haben, wenn sie die Gesetze der Natur und die in der menschlichen Gesellschaft wie im Einzelmenschen lebendigen Triebkräfte erkennen und im Interesse der Gesamtheit wie des Einzelnen richtig anwenden. Darnach ist auch die Religion selbst Menschenwerk; die Gottheit hat die Menschen nicht nach ihrem Bilde geschaffen, sondern die Menschen haben sich je nach den natürlichen, wirt-

schaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen, unter denen sie lebten, das Bild ihrer Gottheiten geschaffen. Daher auch die kaum unübersehbare Menge von verschiedenen Religionen. Diese nehmen alle ihren Ausgang von der Geistesverfassung des barbarischen Urmenschen, der den Erscheinungen des Todes und des Traumes, dann auch dem schädlichen oder nützlichen Walten der Naturkräfte hilflos und ohne wissenschaftliche Erkenntnis gegenübersteht und mit Hilfe der Phantasie sich eine Erklärung zurechtstrickert. Mit dem Fortschreiten der Kultur werden diese vielartigen Erklärungen mit ihrem primitiven Seelenglauben und der buntschmetterigen Schär der Naturgottheiten in bestimmte Systeme gebracht und mit bestimmten Vorschriften verbunden, sie werden bei den verschiedenen Kulturvölkern verfeinert und vergeistigt und eine bestimmte Gesellschaftslehre, die Priesterkaste, wird zur Hüterin und Nutznießerin der einzelnen Religionsysteme, deren Gedankeninhalt häufig ineinander übergeht und zur Bildung neuer Religionsformen führt. Solange aber die Erkenntnis der Naturgesetze und der in der menschlichen Gesellschaft wirksamen Triebkräfte in den Kinderschuhen steckt, solange ist die Weltanschauung der Menschen auch erfüllt vom Glauben an übersinnliche und übernatürliche Gewalten.

Erst der neuesten Zeit blieb es vorbehalten, dem Jahrtausende alten Glauben das Wissen gegenüberzustellen. Aber auch heute noch ist dieses Wissen noch nicht in die breiten Massen gedrungen, ja es wird noch geflüsternd von ihnen ferngehalten. Millionen von Kindern des Volkes gehen noch heute mit dem festen Glauben in das Leben hinein, daß Weltall und Menschheit so entstanden seien, wie sie es als biblische Schöpfungsgeschichte in der Schule lernen mußten. Und Kirche und Staat sorgen dafür, daß ihnen dieser Glaube mit all seinen Schlussfolgerungen in bezug auf ihr Verhalten zur „Obrigkeit“ und zu den äußeren Formen des kirchlich-religiösen Lebens immer wieder zum Bewußtsein komme. Wer sich aber zur sozialistischen Weltanschauung bekennt, der kann mit solchem Glauben nichts mehr gemein haben, der muß sein Wissen immer mehr ausbauen und vertiefen, um seiner freien Ueberzeugung einen festen Grund zu geben und dieser Ueberzeugung gemäß zu handeln. Dazu gehört auch das Wissen vom Wesen der Religion und der Kirche, die in der menschlichen Kulturgeschichte eine so große Rolle gespielt haben, daß ihr Einfluß auch heute noch in den gesellschaftlichen Zuständen und in den Köpfen der Menschen wirksam ist.

Auch auf diesem Gebiete muß der junge Proletarier nach Klarheit und Wahrheit streben. Wenn er auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung steht, muß er auch zu einer klaren und ehrlichen Stellungnahme zu Religion und Kirche kommen. Mit Gleichgültigkeit, Hohn und Spott ist es nicht abgetan, man muß seine Ueberzeugung auch begründen und für sie weichen können. Unsere jungen Leser werden oft den Vorwurf hören, daß Menschen, die keine Religion haben, schlechte Menschen seien. Dem haben wir entgegenzuhalten, daß wir einen glühenden, leidenschaftlichen Glauben in uns tragen; aber nicht einen Glauben an einen allmächtigen, allwissenden und allgütigen Gott, — gerade der mörderische Weltkrieg läßt die angeblich alles umfassende Güte Gottes in sonderbarem Lichte erscheinen —, sondern einen Glauben an die Höherentwicklung der Menschheit durch die Menschheit selbst, durch Verwirklichung der Ziele des Sozialismus. Dieser Glaube steht nicht mit dem Wissen in unveröhnlichem Gegensatz; er verbindet sich vielmehr mit dem Wissen zu harmonischer Einheit und gibt dem Dasein des jungen Proletariats Schwung und Feuer.

## Unserer Jugend und deren Eltern!

Schon tobt der Krieg drei und ein halbes Jahr. Die Jugend wird zu immer anstrengenderer körperlicher Arbeit herangezogen. Nie war es den Vätern und Müttern so schwer wie jetzt, ihren aus der Schule entlassenen Söhnen und Töchtern die nötige Fortbildung angedeihen zu lassen. Nach des Tages harter Arbeit will sich aber auch die Jugend erholen, unterhalten und mit ihren Freunden zusammenkommen und sich auch über ihre Arbeitsverhältnisse usw. aussprechen. Die Aufgabe den Eltern zu erleichtern und der Jugend das Leben zu verschönern, hat sich die Parteiorganisation schon seit Jahren angelegen sein lassen. Auch jetzt während des Krieges kommt sie dem nach,

trotzdem es ihr außerordentlich schwer fällt, die nötigen Mittel dazu aufzubringen.

Die Jugendheime, die vielfach von der Partei, zum Teil auch von Mitgliedern der „Berechnung Arbeiterjugend Groß-Berlin“ aufrecht erhalten werden, sind eine gute Stätte zur Erholung, Belehrung und Unterhaltung. Gerade in der jetzigen Kriegszeit findet man deren wenig und darum sollten alle Eltern ihre Töchter und Söhne in unsere Jugendheime schicken und selbst Hand anlegen, um den Organisationen die Aufrechterhaltung der Institutionen zu erleichtern. Unsere Jugendheime waren von jeher bei den Arbeiterkindern sehr beliebt und wurden von ihnen bei jeder sich bietenden Gelegenheit aufgesucht.

Unsere Jugendheime sind behaglich eingerichtet. Die Jugend findet sich hier mit Kollegen aus der Fortbildungsschule, mit ehemaligen Schulkameraden und jetzigen Arbeitskollegen und mit gleichgesinnten Alterskameraden zusammen, um nach schwerer Arbeit geistig aufzuatmen und sich selbst ihr noch kindlich-frohes Gemüt bei guter Laune zu erhalten. Auch bei gemeinsamen Spielen verliert die Jugend im Heim manche frohe Stunde, an die sie sich nach Jahren mit Genugtuung erinnert. Unsere Heime befinden sich in Berlin in der Brunnenstraße 70 und in der Königsberger Straße 7.

Aber nicht nur die Jugendheime stellen einen guten Herd für die schulentlassene Jugend dar, sondern auch die „Berechnung Arbeiterjugend Groß-Berlin“. Diese Berechnung geht rein proletarische Wege und ist daher unabhängig von der Fortbildungsschule, vom Einfluß von Lehrern, militärischer Stellen und verfolgt keine religiösen Zwecke. Sie wird getragen von Jugendlichen und hat durchaus nichts mit ähnlichen Berechnungen zu tun. In ihr wird die Bildungsarbeit der Jugendheime fortgesetzt. Durch Vorträge aus allen Wissensgebieten, sowohl der technischen als auch der künstlerischen und der des wissenschaftlichen Sozialismus, durch Führungen durch Museen, Ausstellungen und dergleichen, durch Aussprache über berufliche Fragen, durch humoristische Vorträge wie auch durch Veranstaltungen größeren Stils und durch sonntägliche Wanderungen durch die weitere und nähere Umgebung Berlins vermischt die Berechnung Arbeiterjugend Groß-Berlin, allen Jugendlichen das zu bieten, was die Jugend, sowohl die männliche als auch die weibliche, braucht, um für den Kampf im späteren Leben gewappnet zu sein. Aufnahmen nimmt entgegen: Jugendsekretariat für Groß-Berlin, D. 27, Schlüterstr. 5, sowie die Jugendheime in Berlin, Neindorf-Str., Weissensee, Friedrichsfelde und Friedrichshagen.

**Einführung in die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus.** Ueber dieses Thema begann am Mittwoch, den 27. Oktober, in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstr. 5, ein Vortragskursus, der sich über 8 Abende erstreckt. Er ist besonders für Jugendliche vorgesehen und ist dem Aufnahmestadium derselben angepaßt. Der gute Besuch zeigt dafür, daß unsere Jugend auch trotz langer Kriegsdauer das Bedürfnis verspürt, sich auf diesem Wissensgebiete nach Möglichkeit weiterzubilden. Die „Berechnung Arbeiterjugend Groß-Berlin“, die es ihren Mitgliedern ermöglicht, bei Entrichtung der halben Teilnehmergebühr an dem Kursus sich zu beteiligen, stellt allein annähernd 50 Besucher. Es wäre erwünscht, wenn sich trotzdem noch recht viel neue Jugendliche, weibliche wie männliche, an den kommenden Kursusabenden beteiligten. Jeder Vortragsabend ist in sich abgeschlossen und es ist daher Neuzugewandten leicht, sich in die Materie hineinzufinden.

Genossin Wurm versteht es vorzüglich, die Hörer mit den Grundlagen des Sozialismus vertraut zu machen.

Die folgenden Vortragsabende sind am Mittwoch, den 7., 14. und 28. November und am 5. und 12. Dezember, abends 7/8 Uhr.

**Jugend-Rauchverbot.** Durch die Presse ging kürzlich folgende Notiz:

Der Berliner Polizeipräsident hat angeordnet, daß an Personen, unter 16 Jahren Tabak, Tabakpfeifen, Zigaretten, Zigaretten und Zigarettenpapier nicht verkauft werden darf. Auch ist den Jugendlichen unter 16 Jahren das Rauchen auf öffentlichen Wegen, Plätzen und Anlagen, sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln und Räumen verboten.

Eine Begründung dieses Verbots ist zwar nicht beigegeben, aber ein Schaden erwacht den Jugendlichen sicher nicht, wenn das Rauchen unterlassen wird, genau so wenig, wenn der Alkoholgenuß gemieden wird. In den Jugendheimen gibt es andere Genüsse, welche die Jugendlichen in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung fördern unter strenger Enthaltung vom Alkohol und Zigaretten- oder Zigarettenrauchen.

Weissensee. Am Mittwoch, den 7. November, abends 8 Uhr, findet im Jugendheim, Gäßlerstr. 10, eine Heimbesucher-Versammlung statt. Zahlreiches Erscheinen der Jugendlichen ist notwendig.

Der Jugendausfüh. J. A.: A. Bauy.

## Jugendweihe Ostern 1918.

Die Arbeiterkinder, deren Kinder am kommenden Ostern die Schule verlassen und die ihren Sohn oder ihre Tochter an der Jugendweihe unserer Arbeiterjugend teilnehmen lassen wollen, werden ersucht, schon jetzt die Anmeldungen im Jugendsekretariat, Schilderstraße 5, Hof 2 Treppen, vorzunehmen. Die Jugendweihe findet am 17. und 24. März 1918 im Festsaal des Stadthauses, Klosterstraße, gemeinsam mit der Jugendweihe der freireligiösen Gemeinde statt. Ebenda werden auch die Jugendweihen im Herbst 1918 und zwar am 22. und 29. September abgehalten.

Es sei daran erinnert, daß irgendein geistlicher Zwang zur Teilnahme am Konfirmandenunter-

richt und an der Konfirmation nicht besteht. Arbeiterkinder, die kein inneres Band mehr mit der Kirche verbindet und die vielleicht auch schon das äußere Band mit der Kirche gelöst haben, werden den Wunsch haben, ihren Kindern beim Eintritt ins Leben eine Feier zugänglich zu machen, die ihrer Ueberzeugung und ihrer Weltanschauung entspricht. Eine solche Feier ist unsere Jugendweihe. Es ist selbstverständlich, daß die Teilnahme an unserer Jugendweihe die Teilnahme an einer kirchlichen Konfirmation ausschließt. Die Anmeldungen sollen schon jetzt vorgenommen werden, weil den Kindern vor der eigentlichen Jugendweihe Gelegenheit gegeben werden soll, die Grundgedanken unserer freien Weltanschauung, soweit das ihrem jugendlichen Verständnis angepaßt ist, kennen zu lernen.

Alles Nähere wird bei der Anmeldung bekannt gegeben, die wir recht bald vorzunehmen bitten.

## Lieder und Erzählungen für Proletariatskinder.

Die in Berliner Parteikreisen bekannte Genossin Emma Döll hat unter dem Titel „Jugend-Lieder“ ein Büchlein herausgegeben, das in einfach-geschmackvoller Ausstattung eine Sammlung hübscher Kinderlieder und Märchen enthält. Die Gedichte sind nach Jahreszeiten geordnet, denen sich Dichtungen allgemeinen Inhalts anschließen. Arbeiterkinder können ihren Kindern mit diesen Liedern, die von einem warmen Empfinden für das kindliche Fühlen getragen sind, eine große Freude machen; sie eignen sich auch zum Vorlesen und Auswendiglernen. Das Büchlein ist im Selbstverlag der Verfasserin erschienen und kostet 75 Pfennig.

## Die Rechte der Mitglieder in den Gewerkschaften.

Mit dem Wachstum der Gewerkschaften ist auch die Beamtenschar größer geworden, aber der Einfluß der Mitglieder hat sich verringert. Wiederholt hat man den Mitgliedern, die in den Ortsgruppen (Zahlstellen) die Tätigkeit der Hauptvorstände kritisierten, gesagt, dazu sei nur der Verbandstag da, diese Kritik gehöre nicht in die Ortsgruppen. Und als während der Kriegszeit manche Maßnahmen der Generalkommission der Gewerkschaften bei den Mitgliedern Widerspruch fanden, da hieß es, diese Differenzen dürften nur auf dem Gewerkschaftskongress ausgetragen werden, sie gehörten nicht in die einzelnen Gewerkschaften.

Kein Gewerkschaftsbeamter wird brutal zu den Mitgliedern sagen: „Ihr habt Beiträge zu zahlen und das Maul zu halten!“ Das sagt keiner. Machen aber die Mitglieder von ihrem Rechte Gebrauch, ihre Meinung zu sagen, wollen sie die Organisationen richtunggebend beeinflussen, dann findet der Durchschnittsgewerkschaftsbeamte gar viele Bedenken, Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich dem entgegenstellen lassen. Nur die Demokratie, die in den Gewerkschaften theoretisch gewährleistet ist, nicht praktisch betätigen!

Das einzelne Mitglied ist in den Gewerkschaften einflusslos, will es seine Meinung zur Geltung bringen, so muß es in der Ortsgruppe dafür Propaganda machen. Das ist auch während der Kriegszeit in vielen Fällen geschehen; es sind da mitunter Beschlüsse gefaßt worden, die den Hauptvorständen nicht gepaßt haben.

Der Hauptvorstand des Holzarbeiterverbandes hat neuerdings den Mitgliedern eine Neuregelung der Beiträge vorgeschlagen, die weiter nichts ist, als eine verdeckte Entrechtung der Ortsgruppen. Die Lokalbeiträge sollen abgeschafft werden und auch die Ortsgruppen nicht mehr das Recht haben, einen größeren Kassenbestand am Orte zu führen, als den jährlichen Verwaltungskosten entspricht. Es ist eine alte gewerkschaftliche Erfahrung, daß gerade die Mäßigkeit, mit Hilfe der Lokalbeiträge den besonderen örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, für die Mitglieder ein Anreiz ist, höhere Lokalbeiträge zu zahlen. Das soll künftig abgeschafft werden; denn haben die Ortsgruppen Geld, dann haben sie auch eine gewisse Unabhängigkeit vom Hauptvorstande. Sie sollen aber möglichst wenig selbständig sein, darum sollen die Lokalbeiträge abgeschafft und die Verbandsbeiträge erhöht werden.

In den Jahren 1916 und 1917 ist das Vereinsgesetz geändert worden, die Gewerkschaftsführer prieten diese Änderungen als solche, die den Ortsgruppen größere Bewegungsfreiheit ermöglichen. Nach den Gesetzesänderungen können, wie sie sagten, die gewerkschaftlichen Ortsgruppen nicht mehr als „politisch“ zur Einreichung der Satzungen und Vorstandsadressen veranlaßt werden. Und nun kommt der Hauptvorstand der Holzarbeiter her und will auf seine Weise die schwächlichen Mitgliederrechte beschränken.

Man erinnert sich hierbei des im Juli 1917 abgehaltenen Verbandstages der Metallarbeiter. Dort war beantragt, „alle Verbandsangestellte aus der Hauptkasse zu besolden“ — ein Antrag, der jedoch abgelehnt worden ist. Gegen den Antrag war von einem Redner aus Essen ausgeführt worden: „Die Zumutung, die in der heutigen Zeit durch diesen Antrag an uns gestellt wird, spricht allem Hohn. Wie können wir in einer Zeit, wo wir die Demokratisierung und das Selbstverwaltungsrecht fordern, die Grundrechte unserer Mitglieder zu beschneiden suchen?“ Die Mehrheit der Metallarbeiter-Generalkonferenz hat sich dem angeschlossen und jenen Antrag abgelehnt.

Wären die Holzarbeiter ebenso auf ihre Rechte bedacht sein!

In der letzten Generalversammlung des Berliner Ortsvereins des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen war ein Antrag gestellt, an die Generalkommission die Beitragszahlung einzustellen. Der Antrag führte zu einer längeren Debatte, die aber nicht zu Ende kam und fortgesetzt werden soll.

Der Redakteur des „Kürschner“, Genosse Regge, hat seine Stellung zum 1. Januar gekündigt. Regge hat als internationaler Sekretär und als Redakteur des Organs seiner Berufsorganisation acht Jahre mit Eifer und Entschiedenheit die Interessen seiner Berufskollegen vertreten; der „Kürschner“ gehörte zu den wenigen Gewerkschaftsblättern, welche mit aller Schärfe die Politik der Generalkommission, die auf die Politik des 4. August schwor, als den Interessen der Arbeiter schädlich bekämpfte. Infolge des zeitweiligen Nichterscheinens des „Kürschner“ wollte man den Genossen Regge in Gestalt der Sekretariatskommission einer neuen Bevormundung unterstellen, der Regge seine Redaktionsarbeit vor der Drucklegung vorzulegen hätte. Das lehnte Regge entschieden ab. Im Sinne der Politik der Generalkommission könne er kein Blatt redigieren, er erniedrige sich nicht zur politischen Dirne. Er schlug vor, im „Kürschner“ eine Aussprache der Mitglieder herbeizuführen, um so die Ansichten der Mitglieder und Organisationen zur Geltung kommen zu lassen. Stelle sich heraus, daß die große Zahl der Mitglieder anderer Auffassung sei als Regge, so erklärte er sich bereit, von seinem Posten als Redakteur zurückzutreten. Das Urteil einzelner Vorstandsmitglieder in der Kriegszeit könne für ihn nicht maßgebend sein. Da diese Vorschläge abgelehnt wurden und auch in einer besonderen Aussprache eine andere Regelung nicht erzielt wurde, reichte Genosse Regge seine Kündigung ein.

Man sieht auch hier, wie manche leitende Personen unter Ausschaltung der Mitglieder die jetzige Zeit in ihrem Sinne ausnützen. Wähten die Mitglieder in den Gewerkschaften mehr als bisher auf dem Posten sein, um dem demokratischen Recht der Selbstbestimmung auch in den Gewerkschaften zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Leipziger Metallarbeiter haben den Beitritt zu dem neuen Leipziger Gewerkschaftskartell beschlossen. Sie lehrten sich nicht daran, daß der Verbandsvorstand von vornherein den Beschluß als statutenwidrig hinzustellen suchte, da es ihn gar nicht angehe, wenn sich der Ortsverein anschließe. Das sei lediglich Sache der Leipziger Mitglieder selbst. Sollte das neue Kartell vorläufig noch nicht in Funktion treten und keinen Sekretär anstellen können, wird für die Leipziger Metallarbeiter eine eigene Beratungsstelle eingerichtet werden.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverein Berlin, hatte sich in seiner letzten Generalversammlung mit einem Antrage zu beschäftigen, dem Vorwärtsunternehmen seine Anzeigen und Druckaufträge zu überweisen, da der „Vorwärts“ Regierungsorgan geworden sei. Der Antrag fand aber keine Mehrheit.

## Aus der Bewegung.

Vom demokratischen Süden. Wegen Verstoß gegen das Belagerungszustandsgesetz standen am 23. Oktober die Gen. M. Herrmann, Schriftleiter, und Fritz Rück, Redakteur des „Sozialdemokrat“, vor der 3. Strafkammer des Landgerichts Stuttgart. Das Verfahren wurde seinerzeit vom Reichsgericht wegen verbotenen Landesverrats eröffnet, nach Abschluß der Voruntersuchung konnte diese Anklage nicht aufrecht erhalten werden. Rück war dreieinhalb und Herrmann zweieinhalb Monate in Untersuchungshaft. Die Verhandlung war öffentlich. Den beiden Angeklagten wurde zur Last

gelegt, das Verbot des stellvertretenden Generalkommandos, nach dem die Veranstaltung politischer Versammlungen nur nach vorheriger Genehmigung gestattet sei, dadurch übertreten zu haben, daß sie am 29. April an dem zwischen Feuerbach und Zuffenhausen gelegenen Höhenweg eine Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei abgehalten haben und in derselben als Redner aufgetreten sind. Die Beweisaufnahme ergab, daß Rück anlässlich eines Spazierganges den anwesenden Parteimitgliedern über die Gothaer Konferenz, bei der er als Stuttgarter Delegierter war, berichtet hat, da die Stuttgarter Stadtdirektion die Genehmigung zu einer Versammlung verweigert hat und es auch durch die Presse nicht möglich war, auf die Konferenz einzugehen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Rück vier und gegen Herrmann, der nur einige Worte vor und nach Rück gesprochen hat, drei Monate Gefängnis. Die Angeklagten wiesen darauf hin, daß dem radikalen Flügel der Partei in Stuttgart seit zweieinhalb Jahren jede Zusammenkunft und wenn sie auch noch so harmlos Charakter trug, unmöglich gemacht worden sei und daß die Berichterstattung von Gotha in ganz Deutschland möglich war, nur in Stuttgart nicht. Das Urteil lautet gegen Rück auf drei und gegen Herrmann auf zwei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt gelten. Die Kosten des Verfahrens wurden der Angeklagten auferlegt.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Der Kursus des Genossen Däumig über die ökonomische und soziale Entwicklung Rußlands seit der Bauernbefreiung, der am Donnerstag, den 1. November, ausfallen mußte, nimmt am Donnerstag, den 8. November, seinen regelmäßigen Fortgang.

Sonntag, den 4. November, abends 8 Uhr, beginnt der 4 Abende umfassende naturwissenschaftliche Kursus der Genossin Käthe Dunker. Am ersten Abend wird Genossin Dunker das Thema: Das Leben auf der Erde, seine Natur und seine einfachsten Formen behandeln.

Das zweite Thema, über das Genossin Dunker am Sonntag, den 11. November, sprechen wird, lautet: Die Entwicklungsgeschichte der Tierwelt. Eintrittspreis für den Abend 10 Pf.

## Stärkt die Unabhängige sozialdemokratische Organisation!

Nur der Sozialismus kann die Menschheit von Not und Elend vom wirtschaftlichen und politischen Druck erlösen. Dafür muß der Einzelne kämpfen. Geführt wird der politische Kampf von politischen Organisationen. Sie zu stärken und sie zu einem einflussreichen Faktor im öffentlichen Leben zu machen, das sollte Pflicht eines jeden politischen Unterdrückten sein.

In Groß-Berlin vereinigen die Sozialdemokratischen Wahlvereine alle die Männer und Frauen, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehen und für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpfen.

Erfülle jeder seine Organisationspflicht und erkläre seinen Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein des Reichstagswahlkreises.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Reid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5. Druck: Mauer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.